Informationen – Nachrichten – Mitteilungen

POLIZEI REPORT

G 6789
ISSN 1869-6805

Nr. 129 · Dez. 2010

**BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M. IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen

Polizei Service Gesellschaft mbH PSG Hessen

für den Großraum Frankfurt

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
O. Jochum

Redaktion:
V.i.S.d.P.: Wolfgang Link, Petra Moosbauer, Sibylle Perrot
GdP BZG Frankfurt
60389 Frankfurt/M., Seckbacher Landstraße 6

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 15.10.
(ISSN 1869-6805)

Aus dem Inhalt

Auf ein Wort **Seite 5**

Boris Rhein greift durch **Seite 7**

Gerecht geht anders - Demo **Seite 13**

Ball der Polizei **Seite 17**

Neue Vorsitzende der Frauengruppe **Seite 21**

GdP-Phone 2.0 **Seite 23**

„Ausgekocht" **Seite 25**

Castor **Seite 27**

Neue Dienstmotorräder **Seite 30**

Aktuelle Urteile **Seite 35**

Stilblüten **Seite 38**

Ehrungen **Seite 39**

Neues von Chief Bouffy **Seite 43**

Fußballturnier D 520 **Seite 47**

JHV KG Service **Seite 49**

Verabschiedung HeMö **Seite 53**

Treffen PAL 53b **Seite 57**

Pflegeversicherung **Seite 61**

Vorsorgevollmacht **Seite 65**

Seniorenseminar **Seite 67**

Seniorentreffen **Seite 73**

„Gemeuchelt" **Seite 74**

Zum Titelbild: Gerecht geht anders! GdP Frankfurt war dabei!

AUF EIN WORT...

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende entgegen und es kehrt hoffentlich Ruhe in die hessische Polizei ein; denn es war ein Jahr voller Turbulenzen, die letztendlich zu politischen Konsequenzen führten, die nach Meinung vieler schon lange überfällig waren.

Neuer Landespolizeipräsident in sein Amt eingeführt

Was der ehemalige Innenminister seit 2003 nicht merkte oder nicht merken wollte, obwohl die GdP dies immer wieder öffentlich anprangerte, wurde durch unseren neuen Innenminister innerhalb weniger Wochen im Amt sofort wahrgenommen und er zog die Konsequenzen. Mangelnde Führungskultur und Denunziantentum hatten sich unter Leitung des ehemaligen Landespolizeipräsidenten immer mehr ausgebreitet. Es gibt genügend Hinweise, dass das alles gezielt initiiert wurde. Wer erinnert sich nicht daran, als der Landespolizeipräsident die Polizeipräsidenten der Flächenpräsidien aufforderte, der GdP den Rücken zu kehren? Wer erinnert sich nicht daran, als der Landespolizeipräsident zusammen mit dem damaligen Innenminister die GdP der Lüge bezichtigte? Alle Achtung - Boris Rhein hatte dies beim Delegiertentag, als er noch in der Funktion des Staatssekretärs im Innenministerium war, schon wahrgenommen, was in der Begrüßungsrede den Delegierten auch zu verstehen gab. Unser neuer Innenminister handelte nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt und entließ den Landespolizeipräsidenten und setzte den bis dahin als Inspekteur der Hessischen Polizei tätig gewesenen Udo Münch ein. Udo Münch hat hohes Ansehen bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und hat bisher eindrucksvoll bewiesen, dass er stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Personalräte hat, die die Sorgen und Nöte ihrer Kolleginnen und Kollegen ins Landespolizeipräsidium transportieren. Es ist nicht anzunehmen, dass Udo Münch die Nähe zu den Kolleginnen und Kollegen in seinem neuen Amt des Landespolizeipräsidenten verlieren wird. Die GdP wünscht Udo Münch in seiner neunen Funktion alles Gute und ein stets glückliches Händchen für all seine Entscheidungen. Es wird mit Sicherheit schwer genug für ihn, das Porzellan, was sein Vorgänger zerschlagen hat, wegzuräumen und das Vertrauen aller hessischen Polizeibeschäftigten wieder zu gewinnen.

Kritiker kommen langsam aus der Versenkung hervor!

Trotz aller Freude, dass sich der jahrelange Kampf gegen die Machenschaften im Landespolizeipräsidium gelohnt hat, stimmt es etwas nachdenklich, dass plötzlich Kolleginnen und Kollegen urplötzlich aus der Versenkung kommen und der GdP vorwerfen, über Jahre untätig gewesen zu sein. Diese Kolleginnen und Kollegen muss ich allen Ernstes fragen, wo sie denn waren, als nur Mitglieder der GdP Missstände anprangerten und sich durch den ehemaligen Innenminister als „Krawallmacher" beschimpfen lassen mussten? Wo waren sie, als hunderte unserer Mitglieder Wochenenden und Weihnachtsfeiertage vor den letzten Landtagswahlen opferten, um alle Schichten unserer Bevölkerung durch Unterschriftenaktionen und Postwurfsendungen darüber informierten, wie es um die hessischen Polizei steht und wie man mit den Beamtinnen und Beamten umspringt? Diese Beispiele könnte ich ohne viel nachzudenken weiter fortsetzen, was ich mir aber erspare, weil alles schon in ehemaligen „Polizeireports" gesagt wurde. Auffällig ist, dass gerade nachdem die ersten Maßnahmen durch den Innenminister vollzogen wurden, Kolleginnen und Kollegen durch anonyme Schreiben, ungerechtfertigten Anschuldigungen und unter Ausnutzung unterschiedlichster Medien die GdP angreifen, um sich selbst ins rechte Licht zu rücken. Gerade die GdP Personalräte in Frankfurt sehen sich solchen Kampagnen ausgesetzt. Selbst Pressevertreter scheuen sich nicht davor, denunzierende Äußerungen, die noch nicht mal im Ansatz einen Wahrheitsgehalt aufweisen, als Tatsachen darzustellen. Ich kann nur hoffen, dass diese Personen sich irgendwann einmal outen. Denn dieser Umgang unter Kollegen war mir 37 Jahre meiner bisherigen Dienstzeit unbekannt und ich kann nur hoffen, dass dies nicht das Ergebnis der letzten 7 Jahre war – denn dann wäre die Amtszeit des entlassenen Landespolizeipräsidenten für ihn durchaus erfolgreich gewesen und er hätte zudem der hessischen Polizei nachhaltig geschadet.

GdP-Phone erfolgreich gestartet

Erfreulich aus Sicht der hessischen GdP ist die Tatsache, dass das GdP-Phone nach jahrelangem Warten nun endlich auch in Hessen flächendeckend für alle unsere Kolleginnen und Kollegen in der GdP eingeführt werden konnte. Vor mehr als 2 Jahren kam innerhalb des Bundesvorstandes der GdP die Idee auf, dass die Mitglieder mit Handys ausgestattet werden sollten, weil die ganze Bundesrepublik offenbar nicht in der Lage war, für ihre Polizeien und Rettungsdienste den Digitalfunk einzuführen. Schwellenländer rund um unseren Erdball waren und sind in dieser Technologie dem Bundesinnenministerium und den Innenministerien der einzelnen Bundesländer weit voraus und betreiben Digitalfunk. Ausgehend vom Landesbezirk Sachsen wurde ein Landesbezirk nach dem anderen flächendeckend an das GdP-Phone 2.0 angeschlossen. Von bundesweit fast 200.000 Mitgliedern haben mittlerweile mehr als 100.000 die Möglichkeit die Vorteile von GdP-Phone 2.0 zu nutzen. Anfangs konnten die Mitglieder der Landesbezirke zu ihrem „E-Plus-Vertrag" kostenfrei ein Handy erhalten, was immer heftiger kritisiert wurde, weil offenbar fast alle Mitglieder bereits Besitzer eines Handys waren. Also folgte man den

Wünschen der Mitglieder und Uwe Kleine vom Landesbezirk Sachsen konnte bessere Konditionen aushandeln. Neuer Vertragspartner der GdP ist „vodaphone". Jetzt wird kein kostenloses Handy mehr angeboten, sondern eine „SIM-Karte", die es erlaubt kostenfrei ins gesamte deutsche Festnetz zu telefonieren. Ausgehende Anrufe auf die Handys der GdP-Mitglieder im GdP-Phone 2.0-Netz sind ebenfalls absolut kostenneutral. Die Vorteile können von Ehepartnern/Lebenspartnern und Kindern ebenfalls zu den Selben Konditionen genutzt werden, was in den Grünen Seiten des Polizei-Report Nr. 128 ausführlich beschrieben wurde. Die durchweg positive Resonanz auf die Einführung des GdP-Phones bestätigt uns, dass wir wirklich eine Lücke geschlossen haben, die einen Vorteil für alle unsere Mitglieder darstellt.

Obwohl, wie geschildert, von einigen Kolleginnen gerade jetzt Kritik und „Störfeuer" kommt, entmutigt uns keineswegs, zumal wir wissen, dass diese allesamt noch nicht einmal Mitglieder der GdP sind, sondern durch ihr Handeln auf den Zug aufspringen wollen. Die Vertreterinnen und Vertreter Euerer GdP aus Frankfurt werden sich nach wie vor für Euch einsetzen und ggf. Euere Bitten und Wünsche nach Wiesbaden transportieren, so wie Ihr es von uns erwartet. Dass wir dabei oft telefonisch nicht zu erreichen sind, weil wir als örtliche Personalräte der GdP oftmals für Euch unterwegs sind, haben mittlerweile viele mitbekommen, was wir durch Rückmeldungen auch so wahrnehmen. Wir werden auch im nächsten Jahr für Euch da sein und danken Euch für das Vertrauen im Jahr 2010. Wenn man die Gewissheit hat, dass die Mitglieder hinter einem stehen, macht es auch Spaß, sich für ihre Interessen einzusetzen und zu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Vorstandsmitglieder der Bezirksgruppe Frankfurt am Main wünsche ich Euch und Eueren Angehörigen ein ruhiges, besinnliches und vor allem friedliches Weihnachtsfest, und dass für Euch alle persönlichen Wünsche für das Jahr 2011 in Erfüllung gehen werden.

Euer Wolfgang Link

Innenminister Boris Rhein reagiert –

Landespolizeipräsident in den einstweiligen Ruhestand entlassen

Dass das Verhältnis zwischen dem (damaligen) Staatssekretär Boris Rhein und dem zur derzeit tätigen Landespolizeipräsidenten „ein angespanntes" war, kann man nicht nur im Nachhinein konstatieren. Schon bei der Berufung des damals 36 jährigen Rhein ins Amt des Innenstaatssekretärs war spürbar, dass der Landespolizeipräsident alles andere als angetan mit dieser Entscheidung war. Wahrscheinlich lag es am doch recht jugendlichen Alter seines damals neuen „Chefs". Dies blieb natürlich auch einem Herrn Rhein nicht verborgen. Letztlich hat Innenminister Boris Rhein im November dann die Entscheidung getroffen, einen neuen Landespolizeipräsidenten zu berufen und den „alten" abzulösen.

Pressedarstellungen:

Bereits in der Woche vor dem 2. November kursierten die wildesten Personalgerüchte in der Presse. Dies brachte auch erhebliche Unruhe in den Kreis der Polizeibeschäftigten. Permanent wurde eine „neue Sau" durchs Dorf getrieben und es erweckte den Anschein, dass die Führung der hessischen Polizei ziemlich abgewirtschaftet habe". So spiegelte es in zahlreichen Gesprächen jedenfalls die Bevölkerung wider. Angefangen von den Berichten in der Presse, „es werde bei der Polizei gemobbt" und „Akten unterdrückt" bzw. „geheime Akten" geführt bis hin zu einer „dirigistischen Führungskultur" wurde die Presse nicht Müde, „neues" aus dem Polizeibereich zu berichten. Die meisten Polizeibeschäftigten bedauern dies – leisten sie doch hervorragende Arbeit. Doch dazu später noch einige Worte mehr.

Boris Rhein als Innenminister war seinerzeit angetreten, eine neue Führungskultur in die Polizei zu bringen. Unter anderem hatte er dies auch bei seinen Auftritten bei der GdP öffentlich bekundet. zuletzt beim Landesdelegiertentag der hessischen GdP in Weilburg an der Lahn im März diesen Jahres.

Leitbild:

Nach dem Willen der Koalitionäre der 14. Wahlperiode des Hessischen Landtags von 1995-1999 entwickelten die Kolleginnen und Kollegen der Hessischen Polizei ein eigenes Leitbild. Wesentlicher Kernpunkt dieses selbst erarbeiteten Leitbildes war eine transparente Führungskultur mit dem Ziel eines guten Betriebsklimas und einer möglichst hohen Arbeitszufriedenheit. Dieses Leitbild fand seit der Ablösung des ersten Landespolizeipräsidenten Dr. Udo Scheu indes keine Berücksichtigung mehr.

Norbert Nedela als neuer LPP hatte seit seiner Berufung im Jahr 2003 eigene Wege beschritten – mit dem Erfolg, dass viele Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus dem höheren Dienst, die dirigistische Führung zu spüren bekamen.

Im Gegenteil: Schnell wurde klar, dass ein dirigistischer Führungsstil Einzug gehalten hatte, der seinen vorläufigen Höhepunkt mit der Bekanntgabe einer Dreiklassengesellschaft des Höheren Dienstes erreichte. Bemerkenswert war, und das ist das eigentliche Deprimierende, das Niemand aus dieser Dreiklassengesellschaft offen widersprach. So war es nicht verwunderlich, dass sich ein beklagenswertes Führungssystem entwickeln konnte, welches zudem noch von den Regierenden nicht nur toleriert, sondern auch goutiert wurde.

Konsequenzen:

Dies hat Innenminister Boris Rhein (unter anderem) offenbar derart missfallen, dass er nun die Konsequenzen gezogen hat. Der Minister sagte, „dass diese Entscheidung wegen Differenzen in Fragen der Führung der hessischen Polizei erforderlich gewesen sei". An dieser Stelle wird es kein Nachtreten geben, dies ist nicht Stil der GdP.

Neuer Landespolizeipräsident berufen:

Der bisherige Inspekteur der hessischen Polizei, Udo Münch ist jetzt neuer Landespolizeipräsident. Dies beschloss das Kabinett auf Vorschlag von Innenminister Boris Rhein. Mit Münch wechselt kein Unbekannter auf den Chefsessel des

Abteilungsleiters des Landespolizeipräsidiums. Seit Mai 2006 war er Inspekteur der Polizei (IdP), er folgte Norbert Glück ins Amt nach, und ist als Verhandlungspartner im Hauptpersonalrat als auch in der GdP ein von Sachverstand und Menschlichkeit geprägter Gesprächspartner. Wermutstropfen am Rande: Auch Münch hatte seinerzeit während der Ereignisse um die Postkartenaktion die Mitgliedschaft in der GdP aufgegeben, weil der damalige Landespolizeipräsident „Druck" gemacht hatte.

Wir als GdP hoffen mit ihm in fairen Diskussionen und Gesprächen die Belange der hessischen Polizeibeschäftigten nach vorne bringen und die hessische Polizei in personeller zukunftsfähig machen zu können. Aber der neue Landespolizeipräsident hat auch eigene Vorstellungen der Amtsausübung.

Auszüge aus seinem Mitarbeiterbrief:
(…) Es ist daher an der Zeit, dass wieder Ruhe einkehrt und wir uns ganz auf unsere eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Der jetzt geforderte Neuanfang kann allerdings nicht bedeuten, alles Bisherige gänzlich in Frage zu stellen, sondern wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, auf Bewährtem aufbauen und dies gemeinsam weiterentwickeln.

Offenheit und Ehrlichkeit sind mir dabei besonders wichtig. Wir müssen in allen Hierarchieebenen wieder eine Vertrauenskultur schaffen, in der Entscheidungen transparent gemacht werden und es auch erlaubt ist, Fehler zu machen. Auch Kritik muss zugelassen werden und darf nicht zu negativen Konsequenzen führen, aber - und das sage ich ganz deutlich - sie muss sachlich und angemessen sein. Diese angemessene Sachlichkeit fehlt einigen Kommentierungen der letzten Tage in der aktuellen Medienberichterstattung leider gänzlich.

Zu einer veränderten Führungs- und Vertrauenskultur gehört ein respektvoller Umgang auf allen Ebenen, den ich von jeder einzelnen Kollegin und jedem einzelnen Kollegen erwarte. Der Schritt in die Öffentlichkeit sollte dabei nicht zwangsläufig der erste sein. Wir verfügen in der hessischen Polizei über ein breites soziales Netzwerk mit vielen Ansprechpartnern zu den unterschiedlichsten Problemstellungen, an die sich Hilfesuchende schon jetzt direkt wenden können. Ich appelliere an Sie, dieses Angebot auch weiterhin zu nutzen, damit wir gemeinsam eine für alle Beteiligten optimale Lösung erarbeiten können. (…)

Im Rahmen der anberaumten Pressekonferenz im HMdIuS zur Vorstellung des neuen Inspekteurs sagte Innenminister Rhein: „der neue Landespolizeipräsident hat nicht den Auftrag, die hessische Polizei neu zu erfinden. Er wird aber die Führungskultur innerhalb der Polizei neu definieren".

Mit der Ernennung zum Landespolizeipräsidenten übernimmt Udo Münch eine wichtige strategische Steuerungsinstanz im Innenministe-

rium. Vom Rechtsstatus her nimmt das Landespolizeipräsidium als Abteilung des Innenministeriums die Aufgaben der obersten Polizeibehörde wahr. Der Landespolizeipräsident hat die Aufgabe, das Landespolizeipräsidium zu führen. Das alle Ziele nicht von heute auf Morgen zu erreichen sind, dessen sind wir uns bewusst. Aber wir werden wie bisher auch kritisch und ehrlich das Tun des neuen Landespolizeipräsidenten kommentieren.

Ihm zur Seite steht Hermann Josef Klüber als Vizepräsident mit eigenen Aufgabenfeldern. Auch der LPVP ist für Hauptpersonalrat und GdP kein unbekannter – es gilt auch mit ihm bereits beschrittene Wege fortzusetzen.

Personalkarussell in den Spitzenämtern dreht sich weiter:

Weiterhin wurde bekannt und auch im Rahmen einer Pressemitteilung veröffentlicht, dass auch die Vakanz in der Leitung der Abteilung Z im HMdIuS geschlossen werde. Hier wird mit Günter Hefner kein Unbekannter „als neuer dritter Mann" im Innenministerium demnächst wirken. Insbesondere für die Polizei ist es sehr wichtig, dass ein profunder Kenner diesen Posten besetzt.

Als ehemaliger Landespolizeivizepräsident, Polizeipräsident und Leiter verschiedener Verwaltungen in einer Polizeibehörde bringt der „passionierte Jäger" ein Rüstzeug für die neue Aufgabe mit, die sich sehen lassen kann.

Ihm Nachfolgen in das Amt des Polizeipräsidenten beim PP SOH wird sein bisheriger Stellvertreter, Roland Ullmann. Ebenfalls kein „Newcomer", bekleidete er doch die Vizepräsidentenämter bisher in insgesamt drei Polizeibehörden (PP MH, PP WH und PP SOH).

Zwischenzeitlich wurde auch die Vakanz des Vizepräsidenten beim PP MH geschlossen – hier wurde Peter Kreuter neuer Vizepräsident und verließ damit das PP Frankfurt, dort war er der Leiter der Verwaltung, in Richtung Mittelhessen.

In der Führungsmannschaft des PP Frankfurt wurde ebenfalls ein Loch in der Führungsriege geschlossen. Mit Gerhard Bereswill wurde ein profunder Polizeikenner neuer Vizepräsident. Für alle genannten Führungskräfte kann man die (neue) von Innenminister Boris Rhein ausgerufene Führungskultur unterstellen. Menschlichkeit, Offenheit im Umgang mit Nachgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind keine Floskeln sondern werden gelebt.

Zu den weiteren Rotationen im Bereich der Spitzenämter wollen wir an dieser Stelle keinen Kommentar abgeben. Zum einen sind in diesem Zusammenhang laufende Gerichtsverfahren anhängig, zum anderen entbietet es der faire Umgang miteinander, nicht jede temporäre Maßnahme öffentlichkeitswirksam aufzugreifen.

Forderung der Polizeibeschäftigten:

Die Polizeibeschäftigten haben es verdient, dass man bei aller öffentlichkeitswirksamen Berichterstattung endlich sachlich über die Arbeit der Polizeibeschäftigten berichtet wird. Wer nimmt Notiz davon, dass hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte (als Angehörige der HBP im Einsatz) im Rahmen des Castoreinsatzes im niedersächsischen Gorleben bis zu 30! Stunden Dienst versehen mussten – ohne Pausen. Dass diese Kolleginnen und Kollegen dann auch noch miserabel untergebracht wurden und schlecht verpflegt wurden, ist nicht mehr als eine Randnotiz im Gazettenwald wert.

Auch äußerte sich der ehemalige Bundesvorsitzende der GdP in seiner letzten Bundespressekonferenz: „Fußballeinsätze, Großdemonstrationen und der Schutz von sogenannten Mega-Events steigen rapide an, die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrsüberwachung haben schon heute das Nachsehen. Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz. Der Polizei fehlen zunehmend Personal, Ausstattung und die notwendigen Gesetze, um die Sicherheit des Landes weiterhin zu garantieren. In der Innenpolitik ist seit langem Hängen im Schacht." Sorge bereitet dem Gewerkschaftsvorsitzenden, dass sich große gesellschaftliche Konflikte abzeichnen und die Politik zunehmend in ihrer Mediatorenrolle versagt. Freiberg: „Großprojekte wie Stuttgart 21, die neu entfachte Diskussion um die Kernenergie, sich verschärfende soziale Schieflagen, Integrationsprobleme und eine zunehmende Gewaltbereitschaft stellen die Polizei vor nicht mehr zu bewältigende Aufgaben." Hinzu käme, so der GdP-Vorsitzende,

- eine zunehmende Gewaltentwicklung und steigende Straftaten im rechts- und linksextremistischen Spektrum,
- eine personalintensive Beobachtung und Bewachung der aus der Sicherungsverwahrung freigelassenen Sexualstraftäter,
- ein hoher Fahndungs- und Beobachtungsdruck zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde die Polizei massiv abgebaut. Nach der GdP vorliegenden Zahlen sind von 2000 bis 2008 9.256 Stellen im Polizeivollzugsbereich ersatzlos gestrichen worden. Von ehemals 273.096 Beamten sind heute nur noch 263.840 im Einsatz. Das ist ein Rückgang von 3,4 Prozent.

GdP

Gerecht geht anders –

Imposante Kundgebung am 10. November

Blick von der Bühne auf die Teilnehmer

Sehr emotional zeigte sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kurz vor Bekanntgabe der Steuerschätzungen, weil der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften in nicht unerheblichem Maße zu der schnellen Erholung auf dem deutschen Markt, nach der durch Banken verschuldeten Wirtschaftskrise, mit beigetragen hatte. Diejenigen, die diese Krise verursacht haben führen die schwarz-gelbe Bundesregierung am Nasenring durch die Manage. Die Kanzlerin, die zusammen mit dem DGB während der Krise Absprachen getroffen hatte, die, wie mittlerweile jeder weiß, sehr erfolgreich waren und zur schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft beigetragen hatten, zeigt nun ihr wahres Gesicht. Die getroffenen Abmachungen und Versprechen werden nicht eingehalten, im Gegenteil, jetzt wendet sich die Regierung wieder der Wirtschaft zu, die die schwarz-gelbe Regierung offenbar voll im Griff hat.

Günter Schmidt (Vorsitzender der IG BAU) im Gespräch mit Petra Moosbauer

Michael Sommer greift die Regierung außergewöhnlich hart und scharf an und wirft ihr zu Recht vor, Deutschland in eine Schieflage zu steuern, so dass selbst die Korrespondentin des ARD Hauptstadtstudios, Anita Fünffinger, treffend feststellt - Michael Sommer ist eigentlich ein ruhiger und besonnener Mann. Er redet sehr unaufgeregt, brüllt nicht herum, ist keiner von diesen lauten Gewerkschaftsvorderen mit Trillerpfeife. Aber wenn es Michael Sommer reicht, dann reicht es ihm wirklich. Ein Jahr lang hat er sich die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung nun angesehen, sein Fazit fällt verheerend aus: "Diese Regierung führt unser Land immer weiter in eine soziale Schieflage." Die Verursacher der Krise wollen weitermachen wie bisher, werden sogar noch von der schwarz-gelben Bundesregierung noch finanziell

Die beiden Fahrgastschiffe, mit denen hunderte Teilnehmer anreisten

unterstützt und das mit Steuergeldern. Somit sind die Bürger doppelt gestraft; und zwar zum einen durch die Krise, wo ihnen ins Portemonnaie gegriffen wurde, weil sie sich solidarisch zu Nullrunden bereit erklärten und zu anderen, weil sie nun weiter zur Kasse gebeten werden mir versteckten Einschnitten, wie z. B. Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, 2-Klassen-Medizin, Steuerkürzungen für Städte und Kommunen und, und, und.

Das wir bei Protesten nie den ganzen Staatsapparat still legen können, wie es die Italiener und Franzosen uns vormachen, nutzt die schwarz-gelbe Regierung aus, was Michael Sommer schon im Frühjahr geahnt hatte und er einen heißen Herbst ankündigte. Stuttgart 21 und Gorleben haben eindrucksvoll gezeigt, dass auch unsere Bürgerinnen und Bürger mittlerweile die Schnauze voll haben und nicht mehr alles protestfrei hinnehmen. Die Kanzlerin und ihre Regierung haben die Rechnung ohne die Bürgerinnen und Bürger unserer Republik gemacht.

Dramatisch fallende Werte bei den Umfrageergebnissen für Sympathien für CDU und FDP scheinen beide Parteien nicht zu beeindrucken. Doch es wird kommen, wie es in vielen Länderparlamenten bereits eingetreten ist – die Tage dieser Bundesregierung scheinen gezählt, weil die schwarz-gelbe Politik abgewirtschaftet hat. Wie es sich schon so oft gezeigt hat – Hochmut kommt vor dem Fall. Für die Schulden, die in Milliardenhöhe verursacht wurden, sollen wir nun alle aufkommen. Zugleich werden aber weitere neue Milliardengeschenke an AKW-Betreiber, Banken und Hotelbesitzer gemacht. Wir lassen uns diese Politik auf Dauer nicht mehr gefallen. IG-Metall und ver.di haben die gesamte Zeit über in den Betrieben zu Protesten aufgerufen und somit kleinere Nadelstiche gesetzt. Am 10. November hatte die IG-Metall nunmehr zu einer Großkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg aufgerufen. Da die Forderungen auch die Mitglieder der übrigen Einzelgewerkschaften im DGB betrafen, nahmen auch diese an der Kundgebung teil. Mehrere tausend Teilnehmer kamen zum Römerberg.

Da die Teilnehmerzahlen, die von Gewerkschaften und den Sicherheitskräften bekannt gegeben werden, oftmals erheblich voneinander abweichen, kann sich jeder ein Bild darüber machen, wenn die Transportmittel genannt werden, mit denen die Teilnehmer anreisten. IG-Metall hatte alleine 87 Busse eingesetzt, um die Teilnehmer der Kundgebung aus dem Umland nach Frankfurt zu bringen. Hinzu kamen zwei vollbesetzte Fahrgastschiffe, die von Mainz aus über Rhein und Main zum Eisernen Steg gelangten. Teilnehmer aus Frankfurt reisten individuell an.

Von den übrigen 6 Einzelgewerkschaften stellte ver.di den mit Abstand größten Teilnehmerkreis. Unsere GdP war leider nur mit 23 Teilnehmern aus Frankfurt vertreten. Von den übrigen Gewerkschaften waren alle Regionsvorsitzenden und die Landesvorsitzenden zugegen. Das tut der ganzen Sache allerdings keinen Abbruch, denn ein Funktionär von ver.di gab treffend zu verstehen, dass gerade die GdP ein gerade nicht zu unterschätzendes Teilnehmerpotential auf dem Römerberg hatte. Neben den 23 GdP-lern befanden sich hunderte von uniformierten Polizeibeamtinnen und –beamten auf und rund um den Veranstaltungsort. Armin Schild (IG-Metall) und Jürgen Bothner (ver.di) seien an dieser Stelle stellvertretend für die vielen Gewerkschaftsvertreter genannt, die zu den Teilnehmern sprachen und jeder für sich folgende Forderungen am Politik und Wirtschaft stellten:

- Stoppt die Rente mit 67 (62);
- Schafft gute Arbeit für alle! Schluss mit dem Missbrauch der Leiharbeit
- Erhaltet die solidarische Finanzierung der Sozialversicherung;
- Verhindert eine Zwei-Klassen-Medizin – eine gerechte Gesundheitspolitik geht anders;
- Gebt der Jugend eine sichere Zukunft – schafft chancengleiche Bildung und Ausbildung in Schule, Betrieb und Hochschule;
- Reguliert die Finanzmärkte – legt den Zockern das Handwerk; - Lasst die Verursacher der Krise in Vorständen und Banken zahlen;

Die Kundgebung war hoffentlich nur ein Auftakt zu dem, was die Gewerkschaften noch unternehmen werden, wenn diese schwarz-gelbe Regierung nicht einlenkt und weiter Klientelpolitik betreibt.

Text und Fotos: Wolfgang Link

Ball der Polizei

Wieder ein absolutes Highlight der Bezirksgruppe

Altbewährtes soll man nicht ändern, so dachte die GdP-Bezirksgruppe, als sie den Termin für den diesjährigen Ball der Polizei wieder in den September legte, weil gerade im letzten Jahr dieser Termin bei unseren Gästen über die Maßen hinaus gut angekommen war. Entgegen aller Unkerufen wurde mit dem 11. September ein zugegebenermaßen denkwürdiges Datum gewählt, was dem Umstand zuzuschreiben war, dass die Frankfurter Bürgerhäuser teilweise über Jahre ausgebucht sind.

Das Titusforum ist ein absolut geeigneter Veranstaltungsort, weil dort u. a. auch Parkplätze in ausreichender Anzahl für die Besucher zur Verfügung stehen und auch die Künstler keine Probleme haben mit ihrem Equipment vorzufahren und zu entladen. In den vergangenen Jahren wurde von den Besuchern des Balles immer wieder der Wunsch an die Organisatoren herangetragen, den Ball doch nicht unmittelbar vor oder nach den „Tag der Deutschen Einheit" zu legen, weil vielfach dieser Feiertag zu verlängerte Wochenenden genutzt wird. Dem Wunsch konnten wir nun schon im zweiten Jahr nachkommen und stellen selbst fest, dass der September besser angenommen wird. Eingeladen hatten zu diesem mittlerweile schon traditionellen Ball die Gewerkschaft der Polizei und der Verlag „Deutsche Polizei".

Dass sich der Ball immer größerer Beliebtheit erfreut zeigt die Tatsache, dass neben aktiven Polizistinnen und Polizisten sowie zahlreichen Pensionären auch immer mehr Gäste den Weg zu dem Ball finden.

Eine Vielzahl der Besucher findet schon seit Jahren immer wieder den

v.l.n.r.: H. Heine, H. Pressler, E. Rziha, O. Sichau, W. Link, F. Becker, H. Hacker P. Moosbauer

Weg zu dieser Feierlichkeit. Besonders zu erwähnen wäre an dieser Stelle, dass die Stadtverordnete Lilli Pölt, die auch „Ehrenschutzfrau" der Frankfurter Polizei ist in diesem Jahr nicht erscheinen konnte, weil sie erkrankt war. Auch wenn Lilli Pölt nicht in offizieller Mission erscheint, gehört sie dennoch vom ersten Ball der Polizei an zu unseren treuen Gästen.

Für den Landesvorstand der GdP war der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Jörg Schumacher mit Gattin erschienen. In diesem Jahr hatten auch der Vorsitzende des Hauptpersonalrates des Hessischen Polizei Jens Mohrherr und seien Gattin den Weg ins Titusforum gefunden. Unter den Gästen waren weiterhin der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Region Rhein-Main, Harald Fiedler, sowie die Regionsvorsitzenden vieler Einzelgewerkschaften. Besonders erfreulich war, dass in diesem Jahr Michael Hallstein, Leiter des Abteilungsstabes der Frankfurter Polizei, zusammen mit seiner Ehefrau zu der Veranstaltung kam

Viele weitere Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Politik und Polizei waren an diesem Abend unter den Gästen zu finden, auch wieder die Frauenbeauftragte des Polizeipräsidiums Frankfurt, Hedwig Bollmer.

Die Gäste wurden beim Betreten des Foyers von einem Pantomimen, nämlich dem „wunderbaren Herr Mai" begrüßt, der viele erschreckte, weil er einer Statue zum verwechseln ähnlich sah und plötzlich anfing sich zu bewegen, sobald Personen unmittelbar vor ihm auftauchten. Nach der kurzen offiziellen Begrüßung der Gäste nahm Wolfgang Link die schon traditionelle Ehrung langjähriger Mitglieder vor.

Während ein Mitglied nach dem anderen aufgerufen wurde, um einen handgefertigten Jubiläumsbembel im Empfang zu nehmen, wurde das Ganze durch dezente Klänge der Headline Showband untermalt. Besonders erwähnenswert ist, dass mit Friedrich Becker ein Jubilar geehrt wurde, der schon 95 Jahre alt war und auf 80 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken kann.

Dem Organisationsteam war bewusst, welchen Glücksgriff es mit der Verpflichtung der Headline Showband gelandet hatte. Dass diese Band aus Unterfranken ganze Säle und Festzelte zum Beben bringen kann, hatte sich bereits letztes Jahr herausgestellt. Aufgrund zahlreicher Anfragen hatte die GdP zusammen mit dem Verlag Deutsche Polizei erneut auf diese Band zurückgegriffen.

In der 6-köpfigen Truppe, die aus 5 männlichen Musikern und einer Sängerin besteht, verstehen sich alle offenbar blind. Der Bandleader führte zudem auch durch das abwechselungsreiche Programm des Abends. Neben vielen Einzelauftritten der Mitglieder der Headline Showband, passten sie sich auch dem Publikum vortrefflich an, so dass es ihnen zeitweise gelang alle der zahlreich erschienen Besucher auf die Tanzfläche zu locken. „Drunter und Drüber", bestehend aus zwei Jongleur-Künstlern, die vor gar nicht so langer Zeit Wettkönige bei „Wetten Das" geworden waren, machte zwischendurch eine Bühnenshow, die es ihn sich hatte.

Nur dieses Mal traten 3 Personen auf. Überraschenderweise holten die beiden Künstler Elke Oswald, Kreisgruppenvorsitzende in Frankfurt Süd, auf die Bühne und jonglierten an ihr vorbei mit ihren Kegeln, was für viele ein absolutes Highlight darstellte. Ob Elke auch so begeistert war mag dahingestellt sein, weil sie anschließend schweißgebadet

von der Bühne ging. Dennoch hatte sie ihren Part bravourös erledigt und erntete viel Beifall.

Die Headline Showband spielte dann weiter ohne Unterbrechung Evergreens, z. T. als Einzelauftritte, wobei das Publikum voll und ganz mit einbezogen wurde und zum Teil als Tanzmusik, so dass die Tänzer auf die Tanzfläche gelockt wurden.

Die letzten Gäste verließen erst die Tanzfläche weit nach Mitternacht, nachdem ihnen die Verantwortlichen vom Verlag Deutsche Polizei und der Gewerkschaft der Polizei versprechen konnten, dass im nächsten Jahr ein ähnliches Feuerwerk abgebrannt wird. Wie im vergangenen Jahr stellte uns Herr Gossler von der städtischen Saalbau den Kontakt zu Rolf und Sandra Wendling her, die mit ihrem Partyservice („Rollis Partyservice") die Verköstigung der Gäste professionell übernahmen.

Pensionäre unter sich

Man kann fest davon überzeugt sein, dass Beide bei entsprechend mehr Besuchern noch wesentlich mehr aufs Tablett zu zaubern. Jedenfalls haben sie die Gäste und die Organisatoren des Balles mit ihren preiswerten und guten Gerichten und Snacks schon voll überzeugt. Für die GdP steht fest, dass die „Wendlings" weiterhin die Gäste des Balls verköstigen sollten, wenn auch sie es wünschen sollten.

Also, was soll da noch schief gehen. Der nächste Ball findet am Samstag, 03. September 2011, ab 20:00 Uhr, an gleicher Stelle statt.

Also Termin vormerken!

Text: Wolfgang Link, Bilder: Preßler

Elke Oswald neue Vorsitzende der GdP-Frauengruppe

Sandra Temmen in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt

Sandra Temmen schied als Vorsitzende der GdP-Frauengruppe Hessen aus, ist aber im GLBV noch zuständig für die Frauenarbeit. nw

Mitte Oktober traf sich der Vorstand der GdP Frauengruppe Hessen (LFV) zur Sitzung an der Hessischen Polizeiakademie. Unter anderem stand auf der Tagesordnung die Wahl (Kooptierung) einer neuen Vorsitzenden. Nachdem die bisherige Amtsinhaberin Sandra Temmen im März 2010 in den geschäftsführenden Landesbezirksvorstand gewählt worden war, legte sie ihr Amt jetzt offiziell nieder. Sie war seit März 2003 Vorsitzende der Frauengruppe Hessen und von 2006 bis 2010 Vorsitzende der GdP Frauengruppe (Bund).

Ihre künftigen Prioritäten sieht sie, neben dem örtlichen Personalrat bei der HBP, in der intensiveren Arbeit für die Hessen-GdP und im Hauptpersonalrat.
Als neue Vorsitzende wurde Elke Oswald (BZG FFM) gewählt, die bereits seit mehreren Jahren stellvertretende Vorsitzende ist. Sie ist außerdem Vorsitzende der Frankfurter Kreisgruppe-Süd und engagiert sich im DGB als stellvertretende Vorsitzende des Frauenausschusses Hessen-Thüringen.

Einstimmig wurde dann Kerstin Wöhe zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie ist im PP Mittelhessen Frauenbeauftragte, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Jungen Gruppe und aktiv im LFV.

Elke Oswald von der BZG Frankfurt ist neue Vorsitzende der hessischen GdP-Frauengruppe. nw

Sandra Temmen ist, neben Lothar Hölzgen, im GLBV für die Frauengruppe zuständig. Sie hat der GdP Frauengruppe Hessen weiterhin ihre volle Unterstützung zugesagt. Die GdP wünscht dem neu gebildeten GLFV viel Erfolg bei allen Herausforderungen der kommenden Jahre. gdp

Telefonieren bis der Digitalfunk kommt

Hessen liefert mittlerweile das kostenlose GdP-Phone 2.0 an die Mitglieder

Handys oder Mobiles, wie die schnurlosen Telefone im Ausland genannt werden, hat heutzutage fast jeder. Jeder hat meist auch einen mehr oder weniger individuellen, auf ihn zugeschnittenen Vertrag. Seit zwei Jahren verkauft das Sozialwerk der Polizei Sachsen (Wirtschaftsunternehmen der GdP Sachsen) aber ein so genanntes „GdP-Phone 2.0“, mit dem Betriebsnetz von Vodafone. Neu hinzugekommen ist jetzt die Drillisch Telecom GmbH als unabhängiger Mobilfunkprovider. (Ein Provider ist ein Wiederverkäufer von Netzkapazitäten und –diensten). Mit diesem Angebot, gültig für zwei Jahre, soll den GdP-Mitgliedern der dienstliche Alltag erleichtert werden. Kündigungen sind möglich über gdp-phone-shop.de nach drei bzw. sechs Monaten.

Ein wenig humorvoll hat das Polizeisozialwerk Sachsen aufgelistet: „Wir bewegen was“! Bewegt werden 327 Kilo SIM-Karten, 4,9 Tonnen Handys und Zubehör, 1,6 Tonnen Papier. Das alles entspricht dem Gewicht von zwei Elefanten. Wer also ein GdP-Phone 2.0 bestellt, bestellt sich ein Stückchen Elefant.

Anträge für GdP-Phones über die Kreisgruppen

Nunmehr hat auch Hessen begonnen mit der Umsetzung. Alle Bezirksgruppen erhielten Umschläge mit Informationen für jedes einzelne Mitglied und jedes Mitglied kann sich ein GdP-Phone 2.0 bestellen. Die Mitnahme der seitherigen Telefonnummer ist nicht möglich. Jeder Besteller bekommt mit seiner SIM-Karte auch eine neue Telefonnummer. Kolleg/innen, die bereits ein GdP-Phone 2.0 haben, sind begeistert. „Es funktioniert prima“, haben sie gemailt. Es wird keine Grundgebühr verlangt und kein Mindestumsatz. Jeder Anmelder/jede Anmelderin bekommt für sich eine SIM-Karte und er/sie kann Partnerkarten für seine/ihre Familie bestellen. Eine Partnerkarte kostet einmalig fünf Euro Bearbeitungsgebühr. Die muss gesondert auf ein bestimmtes Konto überwiesen werden. Verbunden mit dem Vertrag ist eine Flatrate in das deutsche Festnetz und eine Flatrate im GdP-Phone 2.0-Netz. Damit kann man kostenlos ins Festnetz telefonieren, mit allen Partnern, aber auch kostenlos mit allen GdP-Mitgliedern, die ein solches Handy haben. Dieses Telefon ist natürlich auch frei geschaltet für alle Netze und kann sofort benutzt werden wie jedes andere Handy auch. Eine Rechnung gibt es nur über die Gebühren, die außerhalb der Flatrates entstehen, wenn ein Betrag von mindestens 10 Euro aufgelaufen ist. Rechnungen können nur im Abbuchungsverfahren bezahlt werden und nur von dem GdP-Mitglied, das die ursprüngliche SIM-Karte und die Partnerkarte/n bestellt hat, nicht von irgendeinem anderen Mitglied/Partner. Innerhalb des Vodafon-Mobilfunknetzes kostet ein Anruf 0,11 Euro pro Minute, in andere Netze 0,29 Euro p/min. Zusätzlich kann man sich beim Sozialwerk Sachsen auch ein Handy bestellen oder das GdP-iPhone mit allen Leistungen des GdP-Phones und zusätzlicher Handysurfflat. Wer seine Mitgliedschaft in der GdP kündigt, dessen Telefon wird sofort gesperrt.

Mit einem Weinpräsent bedankten sich Jörg Bruchmüller, links, und Peter Wittig, rechts, bei Uwe Kleine und Susann Sanders von der GdP-Sachsen für die Präsentation des GdP-Phones 2.0. nw

Handys gibt es anderswo auch billiger

Einige unserer Mitglieder haben schon Preisvergleiche angestellt. Die Handys sind nicht unbedingt billiger als anderswo. Das ist aber auch nicht der Anspruch des Sozialwerks Sachsen, wie Geschäftsführer Uwe Kleine bei der Präsentation des Angebotes im Rahmen einer Landesvorstandssitzung sagte. Weitere Fragen, kostenlos vom GdP-Phone, werden unter der Telefonnummer 035204/68755 beantwortet. Man kann auch eine Mail senden an . Wer sein Handy verliert, kann es sperren lassen unter der Telefonnummer 01525-6119110. Das kostet 18,47 Euro.

Das GdP-Phone 2.0 wird bezahlt durch Telefonieren. Es nützt nichts, wenn man eine SIM-Karte bestellt und diese dann nicht frei schalten lässt. Ob dieses Telefon im Einzelfall notwendig und nützlich ist, muss jedes Mitglied für sich persönlich prüfen. Das gilt natürlich auch für alle Pensionär/innen. Zuständig für Hessen ist Peter Wittig, zu erreichen über die GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden, Telefon 0611-992270 oder über seine Dienstnummer 0611-3454109. Im Internet der GdP- Hessen (interner Bereich) wird eine Datenbank mit den Telefonnummern aller Phones erstellt, damit man auch weiß, mit wem man kostenlos telefonieren kann. Es werden keine Nummern der Partnerkarten eingestellt. Im internen Bereich sind auch alle Informationen über das GdP-Handy eingestellt.

nw

„Ausgekocht“

Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik

„Das Volk ist die Grundlage der Demokratie. Das glauben jedenfalls die meisten Menschen. Leider irren sie sich. Zumindest in Hessen. Dort halten sich die regierenden Politiker für die Basis der Demokratie. Und sie benehmen sich auch so“

Mit diesen Zeilen beginnen die beiden Redakteure der „Frankfurter Rundschau“ (FR), Pit von Bebenburg, Matthias Thieme, ihr gut recherchiertes Buch über den zurückgetretenen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und seinen Nachfolger und bisherigen Innenminister Volker Bouffier, Köpfe der „Tankstellen-Connection“. Einige dieser Skandale und Skandälchen sind uns durch die Medien bestens bekannt.

„Der Staat bin ich“

„Ausgekocht“ heißt dieses Werk mit dem Untertitel „Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik“. Die beiden Autoren berichten über die Affären und Skandale von Koch und Bouffier. Sie beschreiben ein System, in dem die Regierung all jene beherrscht, von denen sie kontrolliert werden soll. „L’état, c’est moi“, der Staat bin ich. Diesen Satz schreibt man dem absolutistischen französischen Herrscher Ludwig XVI. zu. Er gilt, nach Ansicht der beiden Redakteure auch für die Herrscher Hessens im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Mit einer Ausnahme: Ludwig XVI. musste nicht gewählt werden. „Daraus“, so Bebenburg und Thieme, „ziehen die hessischen Politiker den fatalen Schluss, sie dürften nach Belieben schalten und walten, weil sie schließlich gewählt seien“.

„Brutalst möglicher Aufklärer“

Ob es um die Besetzung eines Chefpostens im Fernsehen ging, um die schwarzen Kassen der CDU, um das Abservieren integrer Frankfurter Steuerfahnder, um die Millionenpleite der „Fraport“ beim Nichtbau des Flughafens von Manila (Koch war Aufsichtsratsvorsitzender) oder um den Versuch der „Bestechung“ der „Freien Wähler“, um sie von einer Kandidatur bei der Landtagswahl abzuhalten, das sind alles

„Ausgekocht“ ist ein lesenswertes und nachdenklich stimmendes Buch über hessische Landespolitiker der CDU. nw

mehr oder weniger bekannte Affären von Roland Koch. Auch wenn dem „brutalst möglichen Aufklärer“ in Untersuchungsausschüssen und durch Gerichtsverfahren nachgewiesen worden sei, nicht immer bei der Wahrheit geblieben zu sein, genutzt hat es nichts. Die CDU- oder CDU/FDP-Mehrheit in den Ausschüssen hat immer verhindert, dass eine Verurteilung durch den Landtag erfolgte. Im Zweifelsfall wurden einige Minister oder hohe Ministeriale „geopfert“. Sie wurden auf andere gut dotierte Posten gesetzt, wurden auch Mal Bundesminister und später wieder von Roland Koch in seinen Machtbereich geholt.

Zusammengehalten wie Pech und Schwefel

Roland Koch hat es geschafft, auch Dank seines Freundes Volker Bouffier, mit dem er in Zeiten der Jungen Union gemeinsam aktiv war, alle seine früheren Freunde in seinen Regierungsbereich zu holen. Dazu gehörten unter anderem auch Finanzminister Weimar und Fran-Josef Jung. Sie alle hielten zusammen wie Pech und Schwefel, standen füreinander ein nach dem Motto: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“. Auch Innenminister Volker Bouffier hat seine Skandale. Der jüngste, noch nicht ausgestandene, ist der um die Besetzung des Präsidentenpostens der Hessischen Bereitschaftspolizei. Da tagt noch der Untersuchungsausschuss. Es gab aber auch die Affäre um die „Mafia-Katze“ vor des Ministers Haustüre oder die „Federballaffäre“ wegen angeblicher Farb-Schmierereien. In beiden Fällen stellte sich heraus, dass von den ministeriellen und polizeilichen Beschuldigungen nichts übrig blieb. Es bleibt aber der Verdacht, dass hinter den polizeilichen Aktionen gegen die „Gegner“ des Ministers der Minister selbst steckte. Es gab auch den Verdacht wegen Steuerhinterziehung gegen einen Mann, dessen Ehefrau (CDU-Mitglied) Richterin am Staatsgerichts- hof ist. Sie sei in die Affäre verwickelt, hieß es. Zwar wurde der Ehemann verurteilt und den zuständigen Finanzbehörden wurde Schlamperei unterstellt, doch weder Koch noch Bouffier oder Weimar beriefen die Richterin ab. Sie trat schließlich selbst zurück.

Den Geist der Verfassung gebrochen

Vielen von uns sind diese Affären und Skandale der vergangenen zehn Jahre mehr oder weniger bekannt. Die beiden Autoren schildern aber Einzelheiten und legen beweise vor, die so nicht überall bekannt sind. Sie sind sich auch sicher, dass Politiker der Hessen-CDU nicht freiwillig zurücktreten. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass diese Politiker gewohnheitsmäßig den Geist der Verfassung brechen. Koch geht, doch sein System, sich über die im Grundgesetz vorgegebene Gewaltenteilung hinwegzusetzen, bleibt. Sie sind sich auch nicht sicher, ob Roland Koch (der zurzeit als Aufsichtsratsvorsitzender bei Bilfinger und Berger gehandelt wird) nicht wieder in die Politik zurückkehrt.

„Ausgekocht“ ist ein lesenswertes und nachdenklich stimmendes Buch. Es ist als Taschenbuch erschienen im Eichborn Verlag Frankfurt, ISBN 978-3-8218-6547-8, zum Preis von 14,95 Euro. nw

November 2010: Kurz nach 10 Uhr am 9.11. war der längste CASTOR- Einsatz im Wendland beendet.

Lange Einsatzzeiten und schlechte Unterbringung belasten auch hessische Einsatzkräfte

Wie in vielen zurückliegenden Jahren auch hat die Hessische Bereitschaftspolizei auch den diesjährigen Castoreinsatz in Niedersachsen begleitet. Bedingt dadurch, dass alle Länderpolizeien und die Bundespolizei erhebliches Personal abgebaut haben und auch noch abbauen, ist es logische Folge gewesen, dass die Hessen unterstützen. Aber darüber hinaus haben auch andere polizeiliche Kräfte aus Hessen, die nach den ersten Einsatztagen bundesweit nachgefordert wurden, Dienst in Niedersachsen geleistet. Bundesweit sind die Polizeien der Länder mit ihren letzten Reserven mobilisiert worden.

Dazu kam, dass die politische Irrfahrt der Bundesregierung, die den mühsam errungenen Atomkonsens aufgekündigt hat, den Widerstand der Anti - Atombewegung erst recht auf den Plan gerufen hatte. Es stellt sich die Frage, ob die politischen Entscheidungen nicht auf den Rücken unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausgetragen werden. Dazu kommt der bereits beschriebene Personalabbau, der den Spitzenpolitikern doch nicht verborgen geblieben sein dürfte. „Die Polizei gerät immer mehr in die Rolle des Erfüllungsgehilfen politischen Machterhalts“, so der Bundesvorsitzende Konny Freiberg.

Und weiter: „Die intransparente, widersprüchliche und einseitig gönnerhaft erscheinende Politik der Regierung treibt die Bürgerinnen und Bürger zu Recht auf die Straße. Es war daher nicht gewagt, den Protesten gegen den Castor-Transport eine neue Dimension zu prophezeien. Den Zorn und die Enttäuschung über solches Handeln laden die Demonstranten bei der Polizei ab, die in einer unfreiwilligen wie undankbaren Puffer-Position und durch massive Einsatz-Überlastung zerrieben wird.“ „Dieser Einsatz, der allen eingesetzten Kräften bis auf die Knochen zugesetzt hat, muss in dieser Größenordnung ein einmaliger bleiben. Die Reserven sind aufgebraucht und jetzt ist höchstens eine kleine Verschnaufpause möglich, bevor es in das nächste Fußball-Wochenende geht.“ Dies trifft auch für Kräfte der Hessischen Bereitschaftspolizei zu. Nach Beendigung der Einsatzmaßnahmen und der anschließenden Rückfahrt nach Hessen in die entsprechenden Standorte bleibt kaum Zeit zum durchatmen. Die anstehenden kommenden Einsätze in den Fußballstadien sowie erneute länderübergreifende Einsatzmaßnahmen lassen kaum Zeit, Kraft für neue Aufgaben zu schöpfen.

Gewaltbereite Störer stehen Einsatzkräften gegenüber

Von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz zu schweigen! Kinder sehen ihre Väter und Mütter nicht, Ehefrauen und Ehemänner ihre entsprechenden Partner nur zum Wäschewechsel bzw. zum ausschlafen. Insbesondere durch den Personalabbau und der Reduzierung der Einsatzeinheiten der Hessischen Bereitschaftspolizei sollte darüber nachgedacht werden, wie mittelfristig außerhessische Einsatzlagen abgedeckt werden sollen, ohne die anstehenden Einsatzlagen im eigenen Bundesland nicht zu vernachlässigen. Überstunden im mehrstelligen Bereich, an Wochenenden im Einsatz, arbeiten bis zum Umfallen – das ist für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen kein Einzelfall, sondern der Alltag. Dramatisch ist, dass dieses Phänomen nicht nur auf einzelne Bereiche begrenzt ist, sondern nahezu flächendeckend und aufgabenübergreifend beobachtet wird. Die Gewerkschaft der Polizei hat in ihrer Verpflichtung den Mitgliedern gegenüber bereits in der Vergangenheit auf die Unzumutbarkeit der Einsatzbelastung hingewiesen und wird dies auch in Zukunft tun. Polizeiliche Aufgaben unterliegen ständigem Wandel, angepasst an gesellschaftliche Entwicklungen und Bedürfnisse.

Auf der anderen Seite entfallen selten alte Probleme, so dass es nicht zu einer Schwerpunktverlagerung kommt, sondern zu einer Zunahme der Tätigkeiten. Gleichzeitig gibt es aber nicht mehr Schultern, auf die die Arbeit verteilt werden kann. Unter dieser Arbeitsverdichtung und der gestiegenen Gewalt gegenüber der Polizei leidet inzwischen die Gesamtorganisation, die ihre Aufgaben dennoch nach wie vor so meistert, dass die Bevölke-

rung kaum etwas von den Problemen mitbekommt.

Der Anstieg der Krankenquoten, die Zunahme von Burn-Outs und Depressionen sprechen eine eindeutige Sprache. Sicherlich symptomatisch für die Entwicklung ist die Bereitschaftspolizei. In erster Linie leiden die dortigen Kolleginnen und Kollegen unter dem kontinuierlichen Anstieg der Einsatzanlässe. An fast jedem Wochenende muss ein Großaufgebot zu Fußballeinsätzen bis in die untersten Ligen anreisen, häufig zu mehreren Spielen hintereinander.

Die Zahl der länderübergreifenden Einsätze nimmt dabei ebenso zu wie das Erfordernis, bei links- oder rechtsextremen Veranstaltungen vor Ort sein zu müssen.

Molotow-Cocktails gegen Einsatzfahrzeuge

Hinzu kommen oft unsägliche Diskussionen um die entsprechenden Vergütungszeiten für die geleisteten Einsätze. Die Arbeitszeitverordnungen der Länder sind die Theorie – die Praxis sieht anders aus. Turnhallen als Unterbringungsstätten, 10 – Bettzimmer und wenige Sanitäreinrichtungen für Hundertschaften werden einerseits ignoriert, andererseits nicht als Einflussgröße für Menschenunwürdige Unterbringungen herangezogen.

Die Personalräte müssen sich oft nach belastenden Einsätzen mit der Behörde über offene Vergütungsfragen „streiten". Immer wieder wird darüber diskutiert, ob Bereitschaft angeordnet wurde oder ob eine „Freizeit" angeordnet war. Aus personalrätlicher Sicht sind Einsätze vom verlassen der Unterkunft (Heimatdienststelle) bis zur endgültigen Rückkehr (Heimatdienststelle) durchgehend zu vergüten – ohne wenn und aber!

Selbst die Abgeordneten im Europaparlament sind sich seit Jahren nicht einig, was die Vergütung von aktiven und inaktiven Bereitschaftszeiten anbelangt. Solange hier keine europaweite Rechtssicherheit herrscht, ist das geltende (hessische) Recht anzuwenden. Dieses besagt in Hessen, das Bereitschaftszeiten durchgehend zu vergüten sind.

Die Bereitschaftspolizei der 16 Bundesländer und des Bundes ist in ihrer Struktur und Aufgabenvielfalt so bunt, dass sie für viele ein unüberschaubares Gebilde ist. Zusätzlich entfaltet der Föderalismus seine Wirkung: Jedes Land und der Bund entscheidet selbst, wie und wo er seine Bereitschaftspolizei vorhält und welche Aufgaben sie wahrzunehmen hat. Dabei werden eigene personelle Versäumnisse in den Ländern, auch in Hessen, versucht zu kaschieren.

Die offizielle Eingliederung zweier Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main in das Verwaltungsabkommen machen deutlich, dass von eigenen Personaldefiziten abgelenkt werden sollen. Anders ausgedrückt: wann werden Kräfte des PP Frankfurt am Main in länderübergreifenden Einsätzen eingesetzt?

Daraus ergibt sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Organisationsformen und Aufgabenzuweisungen. Für diesen föderativen Flickenteppich erscheint es sinnvoll, eine einheitliche Mindestanforderung an Personal und Aufbauorganisation zu definieren. Der GdP-Bundesfachausschuss „Bereitschaftspolizei" (unter der Beteiligung hessischer Vertreterinnen und Vertreter der HBP) hat aus diesem Grund das Positionspapier „Operative Bereitschaftspolizei" erarbeitet, in dem dokumentiert ist, wie aus Sicht der GdP die Bereitschaftspolizei der Länder und des Bundes aussehen und bewertet werden sollte und worin gegenwärtig die Probleme liegen. In der Folge bedeutet dies jedoch, dass keine weiteren Einheiten aufgelöst werden dürfen. Die durch die BRAS 140.1 vereinbarten Sollstärken müssen in den Ländern nicht nur vereinbart sein sondern auch tatsächlich vorgehalten werden.

In der BRAS (Bestimmungen, Richtlinien, Anweisungen und Sammlungen von Katalogen und Nachschlagewerken) 140.1 werden das Musterverwaltungsabkommen und die einzelnen Abkommen zwischen den Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Die Abkommen regeln Stärke, Organisation, Gliederung, Inneren Notstand und den Einsatz im Verteidigungsfall. Grundlage für das Verwaltungsabkommen sind die Artikel 53 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3, Artikel 91 Absatz 2 und Artikel 115 f des Grundgesetzes.

GdP

Neue Dienstmotorräder bei der hessischen Polizei

Am 25. August 2010 war es soweit. Die hessische Polizei erhält ein erstes Kontingent an neuen Dienstmotorrädern. 100 sollen es hessenweit insgesamt werden. Den Zuschlag hat BMW erhalten, wie erwartet, möchte man meinen. Hat die hessische Polizei seit Einführung der Deutschen Mark jemals ein anderes Fabrikat gefahren? Ja, sie hat und sie fährt immer noch andere Fabrikate, zur Zeit die Yamaha XJR 1300. Ein in der Form elegantes, leistungsstarkes Tourenmotorrad aus Fernost, für das ich mich auch schon privat interessierte, welches ich aber dienstlich noch nicht Probe fahren durfte.

Was gibt mir daher die Berechtigung, über die neuen BMW R 900 RT Motorräder zu schreiben? Vielleicht meine achtundzwanzigjährige Zugehörigkeit zur Frankfurter Motorradstaffel mit zwischenzeitlich vier Generationen an Dienstmotorrädern von der BMW R 60 mit Gläserverkleidung über die R 45 RT, die R 65 RT bis zur K 75 RT. Oder möglicherweise meine zur Zeit nur vier ganzjährig zugelassenen Motorräder von 17 bis 98 PS, die allesamt mehr als die Hälfte der Wartezeit auf ein historisches Kennzeichen bereits erfolgreich hinter sich gebracht haben.

BMW R 900 RT / BMW R 1200 RT

Natürlich befindet sich darunter auch eine BMW, eine R 80 RT, ein Motorrad, das wir uns als Dienstmaschine schon in den achtziger Jahren gewünscht hätten, aber ungefragt mit einem 35 PS-Motorrad (BMW R 45 RT) bedacht wurden. Dies führte in der Praxis einmal dazu, dass ich bei einem dringendem Unterstützungseinsatz der Autobahnpolizei mir auf der Fahrt zur A5 mit Sondersignal den Weg frei bahnen konnte, aber auf der Autobahn selbst darauf verzichten musste, weil ich trotz Vollgas und Tatü-Tata für andere, mittelmäßig motorisierte Verkehrsteilnehmer zum Hindernis wurde. Diesmal sind wir in die Auswahl eingebunden worden. Aus allen Polizeipräsidien Hessens, inklusiv der Polizeiakademie, wurden in der Zeit vom 23. bis zum 25 Februar 2010 mehrere Motorradfahrer/innen zu Testzwecken auf das Trainingsgelände der Polizei in den Taunus geladen. Diese Termine sind sogar zweimal verschoben worden, weil sich bei winterlichen Straßenverhältnissen und schneebedeckten Fahrbahnen Motorrädern nicht wirklich sinnvoll testen lassen. Die mehrfache Terminverschiebung des Tests und der daraus resultierend enger werdende Zeitraum für die Ausschreibung ließen in mir durchaus den Verdacht einer Alibiveranstaltung aufkeimen, der aber am Tag des Motorradtests allerdings keinerlei Objektivierung erfuhr.

Drei Modelle standen zur Auswahl, zwei davon trugen das Logo von BMW und unterschieden sich nur durch die Motorleistung. Ein Vertreter aus Fernost hatte ebenfalls dem Forderungskatalog gemäß ein Angebot unterbreitet.

Gemeinsam ist allen drei Motorrädern der Zweizylindermotor und der wartungsarme Hinterradantrieb über eine Kardanwelle. Von der Motorleistung war die Honda Deauville die schwächste Maschine. Deren V-förmig längs zur Fahrtrichtung angeordneten beiden Zylinder verfügten zusammen nur über 680 Kubikzentimeter Hubraum mit einer Leistung von 65 PS oder 48 Kw. Beim Leergewicht brachte sie aber mit vollem Tank genauso viel Kilogramm auf die Waage wie die beiden BMW. Das war ja noch weniger Leistung, als die auszumusternde BMW K 75 vor nahezu 20 Jahren mit ihrem neu entwickelten Dreizylinderreihenmotor auf die Räder brachte. Unsere K 75 hatte 60 Kubikzentimeter Hubraum mehr, leistete 68 PS (50 Kw) und die letzten Modelle verfügten über eine komfortable, stufenlos elektrisch zu verstellende Windsschutzscheibe.

Die Hondawindschutzscheibe des Vorführmodells verfügte lediglich über einen in mehreren Stufen manuell zu verstellenden Mechanismus, den während der Fahrt zu bedienen schwer bis unmöglich wird. Dafür verfügt die Honda über eine Zweiersitzbank ohne Verstellmöglichkeit und ein „Topcase“. So nennt man einen Gepäckbehälter auf dem Heck von Motorrädern. Den braucht man auch, will man das auf Erfahrungen beruhende, für den Streifendienst notwendige Equipement mitführen. In den beiden Koffern auf den Seiten war im Probemotorrad polizeispezifische Technik eingebaut und dadurch die sonst durchaus geräumige Ladekapazität deutlich eingeschränkt. Das kannten wir doch schon von der bereits erwähnten R 45 RT. Insgesamt erweckte die Honda auch den Eindruck, dass dort ein Serienmotorrad

mit wenig detailverliebtem Engagement auch bei der Auswahl von Anbauelementen auf Behördenvariante getrimmt worden ist. Beim Fahrverhalten ist mir im Vergleich zu den beiden BMW noch das Wenden auf engem Raum bei niedriger Geschwindigkeit in Erinnerung geblieben. Eines meiner Steckenpferde beim Motorradfahren sind genau diese Kreisfahrten auf engstem Raum, am liebsten bis zum jeweiligen Anschlag des Lenkers. Dies gelingt mir, ehrlich gesagt, eher selten, die Versuche dazu machen mir aber trotzdem einen Heidenspaß und fielen mir mit den beiden BMW-Testmotorrädern auch spürbar leichter. Diese beiden Aspiranten für den öffentlichen Dienst unterscheiden sich sowohl durch das Fahrwerk, als auch durch das Motorenkonzept von der Honda. Obwohl auch die beiden BMW-Maschinen nur über zwei Zylinder verfügen, sind diese sichtbar quer zur Fahrtrichtung angeordnet und liegen sich auf einer Ebene gegenüber. Dieses Prinzip bezeichnet man als Boxermotor, den Subaru in seinen Autos als Vierzylinder anbietet und Porsche z. B. sogar mit sechs Zylindern.

Das Motorrad erhält dadurch von vorn gesehen eine wuchtige Silhouette, verfügt aber somit über einen niedrigeren Schwerpunkt und das soll wiederum dem Fahrverhalten zu Gute kommen. So rede ich es mir zumindest augrund meiner Erlebnisse mit meiner 50 PS starken, alten BMW R 80 RT auf schmalen Gebirgsstrecken in den Dolomiten mit zahllos aufeinander folgenden Serpentinen ein. Dort lässt sich die „Dicke Berta", wie ich sie zu bezeichnen pflege, ohne spürbare Anstrengungen um engste Kurven treiben, aber Überholversuche zwischen zwei „Tornantis" an einem bergauf fahrenden, ortskundigen Einheimischen in einem Kleinwagen mit identischer Motorleistung führen damit eher zum Verdruss!

Dafür und für schnelle Spurts auch im Dschungel des großstädtischen Berufsverkehrs ist eine höhere Motorleistung nicht schädlich. Die bietet sowohl die R 900 RT mit ihren 83 PS (61 Kw) aus 879 Kubikzentimeter Hubraum und noch mehr Leistung die R 1200 RT aus einem Hubraum von 1170 Kubikzentimeter mit 110 PS (81 Kw). Was solch eine Motorleistung auf zwei Rädern auf Gebirgsstraßen zu leisten imstande ist, habe ich vergleichsweise mit Sozia bereits auf meinem privaten 98 PS Oldie von Yamaha erleben und genießen können. Hier bewahrheitet sich wieder die alte Weisheit, dass Hubraum durch nichts zu ersetzen ist, außer durch noch mehr Hubraum. Hubraum entspannt; zumindest mich hinterm Lenker, daher auch mein Faible für die am Anfang des Artikels bereits erwähnte Yamaha XJR 1300. Nun, was fällt an den getesteten BMWs noch auf. Meine Streifenutensilien fanden in den beiden Koffern Platz, eine ebene Fläche als Schreibunterlage vergleichbar dem Funkgerätekastendeckel von der K 75 kann keine der gestesteten Maschinen aufweisen.

Die polizei- oder behördenspeziellen Anbauteile bei BMW scheinen auch einem Baukastensystem zu entstammen, fügen sich aber optisch ansprechend in das Gesamtbild ein. Die Einzelsitzbänke lassen sich zweifach verstellen und so auf unterschiedliche Fahrergrößen anpassen.

Antiblockiersystem hatte bereits die vor der Aussonderung stehende K 75, die drei getesteten Modelle natürlich auch, allerdings mit einem Entwicklungsfortschritt von nahezu 20 Jahren. Von meinen privaten Motorrädern verfügt keines über ein Antiblockiersystem und daher habe ich meine Fahrweise auf dieses Manko eingestellt, zumindest nachdem ich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre mit meiner damaligen ABS-losen Honda mit blockiertem Hinterrad den vor mir abrupt bremsenden Ford-Grandafahrer spontan kennen lernen sollte. Hin und wieder muss man es im Leben auch mal krachen lassen.

Zum Schluss fällt mir noch ein, dass die Honda-Deauville wie die auszusondernde K 75 über einen wassergekühlten Motor verfügt. Ein deutlicher Vorteil bei zu begleitenden Demonstrationen im Schritttempo mit schleifender Kupplung oder während Sperrmaßnahmen mit eingeschalteten Blaulichtern bei laufendem Motor zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung! Diesbezüglich haben wir ja mit den alten, Fahrtwind gekühlten „Boxern" unsere Erfahrungen sammeln können. Hoffen wir, dass dem Neuerwerb diese Probleme fremd sein werden.

Ach ja, ich hatte mich für die R 1200 RT entschieden, weil sie mir nach persönlicher Abwägung allein durch die Motorleistung im alltäglichen Dienst ein wenig mehr an Komfort zu versprechen schien.

BP

Aktuelle Urteile

Für den Arbeitsschutz und den Alltag von erheblicher Bedeutung

Anspruch auf psychotherapeutischer Behandlung nach Arbeits-/ Dienstunfällen

Ein U-Bahnfahrer der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) hatte beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg auf Kostenübernahme seiner psychotherapeutischen Behandlung durch die zuständige Berufsgenossenschaft geklagt und im Endeffekt auch Recht zugesprochen bekommen.

Ausgangslage der Klage war, dass der Beschäftigte der Verkehrsbetriebe wegen mehrerer tödlich ausgegangener Fahrgastunfälle nachweislich unter einem „Posttraumatischen Belastungssyndrom" litt. Als einzige und logische Konsequenz begab er sich in eine professionelle und anerkannte psychotherapeutische Behandlung. Die entstandenen Kosten wollte er von seiner Berufgenossenschaft erstattet haben, die jedoch die Kostenübernahme kategorisch ablehnte und die Zahlung verweigerte. Psychisch erheblich angeschlagenen U-Bahnfahrer blieb somit nur der Weh zum Gericht. Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg gab dem U-Bahnfahrer in allen Punkten Recht, da es sich bei tödlich verlaufenden Fahrgastunfällen, ohne wenn und aber, um Arbeitsunfälle gehandelt hatte. Die traumatischen Ereignisse hatten zeitverzögert auf den Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe eingewirkt, so dass sie die Ursachen der posttraumatischen Erkrankung waren. Ort und Zeit der jeweiligen Ereignisse waren aufgrund interner Dokumentation der BVG unmissverständlich belegbar. Aufgrund der getroffenen Feststellungen durch das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg wurde die zuständige Berufsgenossenschaft dazu verurteilt, alle erforderlichen therapeutischen Maßnahmen, die durch die Fahrgastunfälle hervorgerufen wurden, in vollem Umfang zu übernehmen.

LSG Berlin – Brandenburg
17.12.2009, L 2 U 1014/05

Anspruch auf Urlaubsansprüche schwerbehinderter Menschen bei endenden Arbeitsverträgen

Es kommt leider immer wieder vor, dass Arbeitgeber ihre eigenen Vorstellungen von Arbeitsverträgen und den konsequenterweise daraus resultierenden Ansprüchen der Arbeitnehmerschaft haben. Ziemlich verwerflich sind solche Handlungsweisen, wenn versucht wird, den besonderen Status schwerbehinderter Menschen zu unterlaufen. Im vorliegenden Fall hatte sich ein Arbeitgeber geweigert, einem in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis stehenden Schwerbehinderten den gesetzlichen Mindesturlaub, den festgeschriebenen tariflichen Mehrurlaub und den Schwerbehindertenzusatzurlaub zu gewähren, weil der Arbeitnehmer bis zur Beendigung seines Arbeitsvertrages arbeitunfähig erkrankt war.

Weil der Arbeitgeber äußerst hartnäckig war, blieb dem scherbehinderten Arbeitnehmer letztendlich nur der Gang zum Bundesarbeitsgericht, um die Angelegenheit abschließend zu klären. Hinsichtlich des gesetzlichen Mindesturlaubes hatte der Arbeitgeber in der Vorinstanz einem Vergleich zugestimmt und den Anspruch anerkannt. Also hatte sich das Bundesarbeitsgericht abschließend mit der Frage auseinander zu setzen, ob Zusatzurlaub und tariflicher Mehrurlaub dem Kläger ebenfalls zu gewähren sind. Das Gericht stellte fest, dass der schwerbehinderte Kläger auf jeden Fall das Anrecht habe, mit der Gewährung oder Abfindung des Scherbehindertenzusatzurlaubes abgegolten zu werden. Hingegen muss beim tariflich vereinbarten Mehrurlaub zwingend der Einzelfall betrachtet werden. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, ob die Vereinbarung kollektivvertraglich oder einzelvertraglich im Arbeitsvertrag geregelt wurde.

BAG vom 23.03.2010
Az: 9 AZR 128/09

LPM – Low Performance Mitarbeiter

Leider ist es heute so, dass wir von Begriffen beherrscht werden, die nicht der deutschen Sprache entstammen. Jeder ertappt sich mehr oder weniger dabei, dass er zwar weiß, was so ein Wort (größtenteils der englischen Sprache entspringend) bedeutet, ist aber nicht oder nur schwer in der Lage den Begriff treffend ins Deutsche zu bringen. So ist es leider auch mit dem Begriff des Low Performance Mitarbeiters, kurz LPM genannt. Ins Deutsche übersetzt heiß dies Minderleister. Dies Wort allein für sich erscheint dem ersten Anschein etwas Negatives zum Ausdruck bringen zu wollen. Was ist ein Minderleister? Die Definition macht aber deutlich, dass mit diesem Begriff Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeint sind, die ihre Aufgaben so gut erledigen, wie es ihnen persönlich möglich ist. Dabei bleiben sie jedoch in unterschiedlichster Art und Weise hinter den Standards in ihren Betrieben zurück.

Wo dabei die Grenzen gezogen werden, hat das Bundesarbeitsge-

richt bereits am 11.12.2003, Az.: 2 AZR 667/02, festgelegt. Als LPM wird eingestuft, wer mehr als 40% hinter den durchschnittlichen Leistungen anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Betriebes zurückbleibt. Dabei sind die durchschnittlichen Leistungen anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bedeutung und nicht die Spitzenleistungen. In einem weiteren Fall vom 17.01.2008, Az.: 2 AZR 536/06, hat das Bundesarbeitsgericht einen Arbeitnehmer als LPM eingestuft, dessen Fehlerquote das Dreifache im Vergleich zu den anderen Beschäftigten des Betriebes erreichte.

Nach Auffassung des Bundesarbeitsgerichtes müssen Arbeitnehmer die Leistungen erbringen, die sie „bei angemessener Anspannung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte auf Dauer ohne Gefährdung ihrer Gesundheit zu leisten im Stande sind". Das heißt, dass sie bemüht sein müssen den ihnen gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Um die Mitarbeiter jedoch als LPM einzustufen, müssen die Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht beweisen, dass die Arbeitnehmer durch ihr low performing ihre Arbeitspflichten rechtswidrig und schuldhaft und in erheblicher Weise verletzt haben.

Der Arbeitgeber muss beweisen, dass er sein bestes gegeben hat, um die ihm gestellten Aufgaben zu erledigen. Ob dann letztendlich wirklich ein LPM vorm Arbeitsgericht steht, kann nur im Einzelfall entschieden werden und richtet sich danach, wer die besseren Argumente vor dem Arbeitsgericht darlegen kann. Denn nicht jeder kann ohne weiteres durch den Arbeitgeber als LPM eingestuft werden. Vielmehr sind viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach jahrelanger Betriebszugehörigkeit mit der Übertragung neuer Aufgabenfelder überfordert, die ihnen laut Arbeitsvertrag auch nicht abverlangt werden dürfen.

Uniformtragepflicht gilt auch für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder

Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 21. September 2010 könnte wohl Richtungsweisenden Charakter für alle freigestellten Personalratsmitglieder haben, die Uniformträger sind. Wie letztendlich die einzelnen Bundesländer entscheiden, bleibt abzuwarten. In dem Fall, den das BVerwG verhandelte, hatte ein Bundeswehrsoldat dagegen geklagt, dass seine vorgesetzte Dienststelle ihn aufforderte, auch in seiner freigestellten Tätigkeit die Uniform zu tragen. Denn nach einer gültigen Dienstvorschrift des Bundesministeriums der Verteidigung sind Soldaten grundsätzlich verpflichtet Uniformen zu tragen.

Dies gilt nach Auffassung des Gerichts auch dann, wenn der Uniformträger ein vom Dienst freigestellter Personalvertreter ist.

Im zugrunde liegenden Fall hatte ein Soldat im Rang eines Stabsbootsmannes, der gleichzeitig Vorsitzender seiner Personalvertretung ist und dieses Amt schon über Jahre ausgeübt hatte, die Kritik eines Vorgesetzten über sich ergehen lassen müssen, dass während eines Monatsgespräches nur einer der anwesenden Personalvertreter eine Uniform trug.

Der vorgesetzte Dienststellenleiter ordnete an, dass zukünftig alle Soldatinnen und Soldaten bei Monatsgesprächen in Uniform teilnehmen müssen. Der Stabsbootsmann klagte gegen die Entscheidung seines Dienststellenleiters. Der 1. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichtes wies die Klage des Soldaten als unbegründet ab.

Nach Auffassung des Gerichtes sind Uniformträger, auch wenn es sich wie im vorliegenden Fall um vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder handelt, nicht von der Uniformtragepflicht befreit. Das Gericht stellte weiterhin fest, dass die Soldaten lediglich von den Aufgaben ihres Dienstpostens entbunden sind, nicht jedoch von ihren generellen Rechten und Pflichten als Soldaten.

Das Tragen der Uniform stellt keine unzulässige Behinderung der Personalratstätigkeit dar. Selbst das Argument des Klägers, Personalratsarbeit sei ein Ehrenamt und dafür beinhalte die Dienstvorschrift eine Ausnahme von der Uniformtragepflicht, konnte das Gericht nicht überzeugen.

BVerwG vom 21.09.2010,
Az.: 1 WB 41.09

Kurioses — Skurriles

Stilblüten

Bodo Pohl, D 610

Falschparkers gerechte Strafe

Eingesandt von Stepahnus Tillner; D 400

Begründung für eine Möbelbestellung von D 408:

..."Der Polizeigarderobenschrank, Modell 2009, ist als Neuanschaffung erforderlich zur Unterbringung von Durchläufern und Praktikanten." ...

Na hoffentlich wird es denen nicht zu eng

Eingesandt von Helmut Loos; D 103

Aus einer Anzeige wegen wechselnder/gegenseitiger KV:

"Die Beteiligten suchen selbstständig einen Arzt auf und reichen die entstandenen Verletzungen nach"

oder Anzeige/Bericht -Anfangsverdacht einer Straftat:

"Wie das Fahrzeug den Weg auf die Straße gefunden hat, konnte nicht geklärt werden"

Mit Eurer Hilfe könnte sich unsere Materialsammlung bereichern lassen.
Zuschriften erbittet: Wolfgang Link, Personalrat.

Herausragende Geburtstage

Sie stehen trotz ihres erhabenen Alters von 80 Jahren und mehr als Mitglieder in unseren Reihen. Deshalb wünscht ihnen die Gewerkschaft der Polizei - Bezirksgruppe Frankfurt - noch weitere schöne Jahre und gratuliert ganz besonders zum

96. Geburtstag:
Ludwig Öhlenschläger

95. Geburtstag:
Friedrich Becker

94. Geburtstag:
Ludwig Ditzel
Käthe Müller

91. Geburtstag:
Margarete Alsheimer

90. Geburtstag:
Betty Denzer
Fritz Schmidt

89. Geburtstag:
Eduard Holakowsky
Karl Kraft

88. Geburtstag:
Herbert Ungerer

87. Geburtstag:
Irene Schwab

86. Geburtstag:
Inge Eberle
Heinrich Kessler

85. Geburtstag:
Karl Althaus
Walter Heck

84. Geburtstag:
Kurt Arnold
Gerta Heil

83. Geburtstag:
Ernst Eppstein
Alfred Müssigbrodt
Günter Zimmer

82. Geburtstag:
Hans Staudt

81. Geburtstag:
Hildegard Karge
Herbert Köppel
Rudolf Kreutz

80. Geburtstag:
Herbert Anacker
Wolfgang Krannich

Der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die 60 Jahre und älter geworden sind bzw. noch werden, weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele aktive Jahre.

Im Monat Oktober hatten Geburtstag:
Paul Auth
Angela Di Letizia
Wolfgang Döhle
Axel Dorff
Friedrich Fecher
Katharina Gemmel
Eduard Gottschalk
Manfred Haug
Manfred Heinzl
Edmund Helbing
Herbert Hennig
Dieter Hofmann
Adam Jarl
Margaretha Joswig
Monika Kluth-Hahling
Gerhard Kowalsky
Kurt Joachim Lüdemann
Hans-Jürgen Maus
Paul-Otto Mauser
Udo Müller
Gerhard Neef
Dieter Pelzer
Katharina Peter
Bernd Pokojewski
Wolfgang Raschke
Hannelore Schuhmann
Rosemarie Shaner
Heinz Friedrich Steffes
Dieter Stennei
Peter Voß
Horst Wolf

Im Monat November hatten Geburtstag:
Henrich Ditzel
Hannelore Friederich
Josef Gellert
Manfred Holzapfel
Heinz Homeyer
Wolfgang Irle
Jürgen Kattendick
Georg Keppler
Karsten Klenke
Gerhard Klüber
Wolfgang Dieter Lang
Wilhelm Maschek
Horst Mitschke
Ilse Pfeiffer
Helmut Raatz
Sieglinde Scherer
Hannelore Schuster
Arno Schwarz
Wolfgang Sperling
Eduard Tontsch
Lutz Weber

Im Monat Dezember hatten / haben Geburtstag:
Helmut Albrecht
Karin Arad
Rolf-Dieter Baer
Peter Böhme
Günter Bradtke
Hermann Bruder
Otto Dillbahner
Heide Eisenhuth
Heidemarie Fischer
Günter Fritz
Karl-Heinz Hoffmann
Egon Hofmann
Harald Höll
Klaus Peter Kistner
Peter Köhler
Günter Kohlhepp
Rudolf Köster
Hans-Jürgen Meyer
Dieter Moos
Wilhelm Novotny
Manfred Ohrner
Wolfgang Rinn
Eckhardt Rziha
Wilhelm Scholl
Gerd Vogel
Eberhard Volk
Rudolf Völker
Peter Wachtel
Karlheinz Wagner
Reinhold Wötzold
Siegrun Zobel

EHRUNGEN

Wir gratulieren zum ...

50jährigen Gewerkschaftsjubiläum
Peter Harleß

25jährigen Gewerkschaftsjubiläum
Andreas Biedenkapp
Reiner Müller
Wolfgang Reiffer
Michael Richter
Ralf Züge

40jährigen Dienstjubiläum
Arthur Baum
Willi Gosse
Dieter Hawener
Elmar Klapproth
Karl Kraus
Jürgen Linker
Helmut Loos
Josef-Pius Müller
Jürgen Smykalla
Ulrike Thummerer
Jürgen Witzel
Rudolf Wozar

25jährigen Dienstjubiläum
Martina Beer
Carsten Brodthagen
Heidemarie Fischer
Eric Glowka
Thomas Gohla
Christian Hertel
Jörn Kalus
Ralf Markus Kammerer
Oliver Koss
Hans-Jürgen Münich

Es trat in den Ruhestand:
Günter Bangert
Paul-Otto Mauser
Gerhard Neef
Werner Selmayr
Heinz Friedrich Steffes

Es sind verstorben:
Heide Eisenhuth
* 27.12.1948 + 14.05.2010

Erwin Hofmann
* 10.06.1936 + 17.08.2010

Ella Wechsler
* 26.12.1924 + 06.09.2010

Helene Stumpe
* 18.01.1919 + 07.09.2010

Robert Stanzel
* 03.10.1931 + 01.11.2010
Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Herzlich willkommen in der Bezirksgruppe Frankfurt:
Karsten Becker
Gerhard Bereswill
Marina Duweck
Sven Fränznick
Thorsten Hofmann
Markus Kiefer
Erich Louris
Julia Merkel
Thomas Pabst
Christian Remhof
Janina Rieck
Anja Ritter
Leeroy Schnücker

Anmerkung der Redaktion:
Wir alle sind Menschen und keineswegs vollkommen. Sollten wir jemand vergessen haben, bitten wir um Entschuldigung, und die oder den Betroffene/n, sich bei uns zu melden, damit wir unsere Unterlagen korrigieren können. MD

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünscht allen Leserinnen und Lesern des Polizeireports die Frankfurter GdP

Und langsam windet sich der Fluss

Chief Bouffy findet einen Nachfolger

Chief Bouffy hatte nun seine neue Beschäftigung gefunden – und freute sich darauf, wie Maria mit der unbefleckten Empfängnis die Nachfolge von Prime Cook antreten zu können. Mit diesen Gedanken hatte er die Kommandobrücke im 9. Deck der WI-1701B verlassen und war dann ins Headquarter von Prime Cook gegangen, um dort seine Nachfolge zu regeln. „Und Bouffy – wer soll es denn nun richten???" „Geschmeidiger als Sie sollte ihr Nachfolger schon sein," das waren die Worte, die ihm Prime Cook mit auf den Weg gegeben hatte.

Der Chief wanderte nun in der Grünanlage unterhalb der WI-1701B und schaute durch den aufsteigenden Herbstnebel sinnierend hoch zum 9. Deck. Wer könnte das sein, jemand der so messerscharf denken und beschließen konnte wie er – unmöglich. Jemand, der so intelligent und feinsinnig die Fäden in der 1701B zusammenwob wie er – unmöglich. Nicht in dieser realen Welt. Und da schoss es Bouffy wie ein Blitz durch den Kopf: In der virtuellen Parallelwelt, der des Wilden Westens, der von der Crew während der Ruhezeiten immer wieder gern aufgesucht wurde, da gab es jemanden, der zwar mit der intergalaktischen Flotte nicht allzu viel am Hut hatte, aber der jung, dynamisch, bisher begrenzt erfolgreich in 2. Ebene der Parallelwelt die Westernstadt Frankfortcity regiert hatte. Er war ein netter Kerl, der nicht mehr in die Hauptwelt der WI-1701B zurückkommen mochte und deshalb seine Heimat im Wilden Westen sah und sich dort schon unabkömmlich gemacht hatte. Dieser junge Mann trug den Namen „…Langsam-windet-sich-der-Fluss-Rhine". Er hatte ihn sich selbst ausgesucht, nach einem alten Häuptlinsnamen der Indianer vom Stamme der „Frankforter Würschdsche".

Ja, das war ein genialer Schachzug. Wenn er jetzt einen der Akteure aus der Parallelwelt des Freizeitdecks als neuen Chief installieren würde, dann könnte es gelingen – aber soweit wollte Bouffy noch gar nicht frohlocken. Er rief über den Communicator seinen alten Kampfhahn NobNeddy: „NobNeddy – flugs rauf aufs Deck, mir ist wieder mal eine Idee gekommen!" NobNeddy wirkte müde und schlaff, als er sein „AyAy Chief" in seinen Communicator nuschelte. Das war gar nicht seine Art, aber vielleicht lag es an den spätherbstlichen Temperaturen in der östlichen Ägäis, die er von der Türkei aus seit einigen Tagen besegelte. Egal, raus aus dieser Freizeitwelt und rauf auf die Brücke. Befehl war schließlich Befehl.

Auf der Brücke empfing ihn ein völlig surreal wirkender Chief, offensichtlich mit sich völlig im Reinen, nicht im Ansatz eine Spur der Verbitterung der letzten Monate. „NobNeddy, sie alter Haudegen, wir müssen die Ebene wechseln. Kennen Sie sich in der Freizeitebene „spätes 19. Jahrhundert, Wilder Westen" aus?" „Chief, die kenn ich wie meine Westentasche, no problem" antwortete NobNeddy. „Also, da ist ein junger Mann, den ich zwar schon hier mal kurz als meinen Vertreter angelernt habe, aber der will aus dem Wilden Westen gar nicht mehr zurück. Also müssen wir wohl oder übel in die Parallelwelt wechseln, wenn wir ihn als neuen Chief gewinnen wollen. Auf, NobNeddy, machen Sie sich ab in den Wilden Westen und unterstützen Sie dort „…Langsam-Windet-sich-der-Fluss-Rhine!" NobNeddy stand auf dem Schlauch. Was sollte er, der alte verdiente Flottencommander, im Wilden Westen??? Die Antwort, sich dort bestens auszukennen hatte er unter dem alten Flottenmotto „Absolut sicheres Auftreten bei völliger Ahnungslosigkeit" gegeben, aber in Wirklichkeit hatte er damit so viel am Hut, wie ein Hund mit einer Katze. Aber egal, Befehl war schließlich Befehl.

Im Beamerraum traf NobNeddy ScottyMcHef, seinen alten Vertreter. „Na Scotty, wie schaut`s aus in South-East???" „Nix mehr mit South East", konterte McHef. Ich geh in die Serviceabteilung der WI-1701B und kümmere mich demnächst um Communicator und die Beschaffung kleinerer Flottensysteme!" NobNeddy schüttelte sinnierend seinen Kopf und zog an seiner Pfeife. „Komisch, die schmeckt mir in den letzten Tagen auch nicht mehr richtig – ob es am Tabak liegt?"; dachte er sich insgeheim. Oder vielleicht lag es am Tabak von der Sorte „Thurau Special". Egal, er musste in den Wilden Westen und im nächsten Moment war der Beamer auch schon aktiv.

Er fand sich in einem wunderschönen Tal wieder, das von einem gemächlich fließenden Fluss durchzogen wurde. Der Duft von Hyazinthen und frisch gegrillten, saftigen Steaks drang ihm in die Nase. „Steaks, Grillen? Dann ist

Gruppensonderreise nach Kanada und Alaska

14-tägige Reise inklusive 8-tägiger Kreuzfahrt mit der Celebrity Millennium

22. August – 04. September 2011

Eingeschlossene Leistungen:
- Flug mit Condor (Star Alliance) ab/bis Frankfurt nach Vancouver/von Anchorage in Economy Class inklusive aller Flughafengebühren, Steuern, Kerosinzuschlag, Luftsicherheitsabgabe
- Alle Transfers
- 4 Übernachtungen in Vancouver im 4-Sterne-Hotel
- 7 Übernachtungen an Bord der Celebrity Millennium in der gebuchten Kabinenkategorie
- 1 Übernachtung in Anchorage im 3-Sterne Hotel
- Übernachtung mit Frühstück in Vancouver und Anchorage, Vollpension an Bord der Celebrity Millennium
- Stadtrundfahrten in Vancouver und Anchorage (deutschsprachig)
- Tagesausflug nach Vancouver Island (deutschsprachig)
- Zugfahrt 2. Klasse von Seward nach Anchorage
- persönliche Reisebegleitung ab/bis Frankfurt
- Reiseführer
- Informationsabend
- Reisesicherungsschein

Nicht eingeschlossene Leistungen:
- fakultative Ausflüge in Vancouver und Seward
- Landausflüge während der Kreuzfahrt
- Getränke
- Trinkgelder (Trinkgelder während der Kreuzfahrt werden am Anfang der Kreuzfahrt auf Wunsch Ihrer Bordrechnung hinzugefügt.)
- Ausgaben des persönlichen Bedarfs
- Reiseversicherungen
- Einreisegebühr USA (14,- US$ pro Person / Stand November 2010)

Reisepreis: **2.495 ,-** pro Person (Doppel-Innenkabine)

Zuschlag: Außenkabine – Aufpreis: 334,- pro Person
Balkonkabine – Aufpreis: 605,- pro Person

Einzelkabinen: auf Anfrage

Mindestteilnehmerzahl: 32 Personen **Verlängerung auf Anfrage möglich**

Informationen und Buchungen:

Reise der GdP Frankfurt und Südhessen
Sibylle Perrot, Sigmund-Freud-Str. 42, 60435 Frankfurt,
Tel: 069 - 54 24 34 privat
069 - 755-81600 dienstlich
Fax: 069 – 74 11 401
E-Mail: sibylle.perrot@otelo-online.de
sibylle.perrot@polizei.hessen.de

Celebrity Cruises®
Designed for you™

…und-langsam-windet-sich-der-Fl uss-Rhine bestimmt nicht weit weg!“ Das gute alte Beamersystem funktionierte wohl immer noch einwandfrei. Als er aus dem Gebüsch trat, sah er ihn an einem prasselnden Lagerfeuer sitzen. „Hough, lieber junger Kollege ..Und-Langsam-Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine, wie geht’s, wie steht’s?“ Ruckartig drehte sich der Angesprochene um und auf seinem Gesicht war die Verärgerung darüber zu sehen, dass er sich in seiner ruhigen Entspannungsphase gestört fühlte. „Ich setz mich mal zu Ihnen und wir haben was zu bereden“, sagte NobNeddy und setzte sich ans Feuer. „Sie wissen ja schon, dass der Chief Sie als Nachfolger haben will und ich soll ihnen dabei die Matrix liefern, wie die Flotte so richtig funktioniert, also auf geht’s, Mr. Und-Langsam- Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine. Und übrigens, wissen Sie, dass mir dieser lange Fantasiename den Sie sich hier im Wilden Westen ausgesucht haben, tierisch auf den Senkel geht? Ich nenn Sie ab sofort nur noch kurz Rhini – ok?“ Und-Langsam- Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine lief rot vor Wut an. Dieser Mensch wagte es, seine abendliche Meditation zu stören, sich an sein selbst angezündetes Lagerfeuer ohne Aufforderung zu setzen und dann gefiel ihm dieser wunderbare, poetische Name nicht – das ging ohne Frage zu weit. Er verspürte, dass NobNeddy sich insgeheim dachte, dass er derjenige sei, der bei dieser ersten Begegnung den Hut aufhatte – aber diesen Konflikt wollte Und-Langsam- Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine austragen – und gewinnen.

Er nahm alle Beherrschung zusammen und fragte ganz ruhig: „Haben Sie dieses Feuer angezündet? Haben Sie die Steaks gegrillt? Haben Sie dieses wunderschöne Tal entdeckt? Ich glaube wohl, dass ich hier der Herr im Hause bin und Sie können mich mal fragen, ob Sie mit mir sprechen dürfen. Und wenn ich dass dann in meiner großherzigen Güte erlaube, dann dürfen Sie auch reden!“ NobNeddy schluckte. Dieser junge Schnösel hatte es auf den Punkt getroffen und ihn da erwischt, wo er am empfindlichsten war. An seiner Ehre. Aber dieser Jungdynamiker sollte ja sein Chief werden, also riss er sich am Riemen. NobNeddy stand wieder auf und sagte: „Mein lieber Und-Langsam- Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine, erlauben Sie, dass ich mich zu Ihnen an Ihr wunderschönes Lagerfeuer an diesem wunderschönen Flussufer setze?“ Die Worte kamen gestelzt und wenig authentisch rüber, deshalb knurrte sein neuer Chief nur ein kurzes „Wenn’s sein muss…“ NobNeddy spürte diese innere Distanz, die Verärgerung und dachte nach, wie er denn seinen Fauxpas wieder gutmachen könnte. „Lieber Und- Langsam-Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine, mein lieber neuer Chief, wollen wir denn nicht meine Pfeife als Friedenspfeife rauchen?“ Da hatte er etwas gesagt! „Ihr Kraut stinkt, als wäre es Thurau Special und damit Sie sich das gleich merken: Erstens bin ich Nichtraucher und zweitens hält diesen Geruch kein Mensch im gesamten Wilden Westen aus! Machen Sie mir nicht noch einmal so ein blödes Angebot!“ Damit war NobNeddy klar, dass er und der neue Chief wohl niemals Freunde würden. „Wir müssen aber jetzt irgendwie zusammenarbeiten – der Prime Bouffy hat es so gewollt…“ fast ängstlich, für Außenstehende völlig ungewohnt, kamen diese Worte über NobNeddys Lippen.

Schweigend saßen die beiden Männer nun am Lagerfeuer, während Und-Langsam-Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine sein Steak vom Feuer nahm und mit Genuss verzehrte. NobNeddy beobachtete ihn, so wie ein Karnickel eine Schlange anstarrt, die einen Bärenkohldampf hat. Was würde jetzt passieren? Welchen Weg würde dir Flotte nun gehen mit diesem neuen Chief, der nicht in die Realwelt zurückwollte???
Egal, dachte sich NobNeddy und er begann sich zu verabschieden. „Macht es Ihnen etwas aus, wenn ich mich aufs Kommandodeck zurückbeamen lasse?“ „Nö, machen Sie das, was sie für richtig halten…,“ war die knappe Auskunft des neuen Chiefs Und-Langsam- Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine.

Mit dem Communicator war NobNeddy schnell wieder auf der Brücke – nur war der gute alte Chief Bouffy nun nicht mehr da, sondern im Headquarter als Prime Bouffy eingerückt. NobNeddy sinnierte noch eine Weile, um dann seinem gewohnten Job nachzugehen.

Es waren ein paar Wochen vergangen, da begann die interstellare NewPresse über gewisse Vorfälle in der Flotte zu berichten. NobNeddy vermutete sofort irgendein Störfeuer der CrewSpeaker von GreenDeep-Power, aber deren Boss Brookmiller hatte er seit Tagen nicht mehr gesehen. Wo war der Bursche nur??? Er wollte doch jetzt den geschmeidigen Chiefcommander machen und seine Position festigen. Und jetzt diese Pressekampagne gegen ihn. Er, der eigentlich immer nur Gutes gewollt

hatte. Niemand hatte ihn verstanden.

Ok, er hatte seine verdiente Subcommanderin SabiThu gebeten, die eine oder andere Klarstellung zu machen. Was die Presse da nur hinein interpretierte. Falschaussage und er sei der Drahtzieher. So etwas würde ihm im Traume nicht einfallen. Ok, SabThu hatte diesem Störbruder Z. aus dem Flottenabschnitt MainCenterCity ein bisschen eingeheizt, und damit hatte sie ja nur das gemacht, was er von ihr wollte. Egal, sollte die Presse schreiben was sie wollte, ihm konnte keiner. Schließlich war er NobNeddy, bei seiner heiligen Pfeife…

Als er schon sicher war, dass alles ohne Schaden an ihm vorbeilaufen würde, tauchte plötzlich auf dem Communicator das Bild auf, dass ihm wohlbekannt war: Der Fluss im wunderschönen Tal. „Ach Du dickes Ei??? Was will denn dieser Senkrechtstarter jetzt schon wieder?" NobNeddy drückte die Call-Taste und hörte die ihm wohlbekannte Stimme: „NobNeddy, wo sind sie grade???" Er antwortete der Wahrheit gemäß: „Ich hab mir mal eine kurze Auszeit genommen und segle im Mittelmeer. Was gibt's denn Chief?" „Ach so, NobNeddy, dann sind Sie ja schon da, wo ich Sie gern sehen möchte. Bleiben Sie bei den Fischen im Mittelmeer und halten Sie sich aus der Flotte raus. Sie sind abgelöst, Feierabend! Machen Sie sich eine gute Zeit und verschonen Sie die Segler in ihrem Umfeld mit Ihren guten Ideen! Chief Bouffy mag ein Fan davon gewesen sein, ich will aber Klarschiff machen – also Deck schrubben und nix mehr sagen". NobNeddy schluckte. Das hatte er nun nicht erwartet.

Aber er überlegte nur kurz. Dann war ihm klar, dass „Und-Langsam-Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine" ihn gerade gefeuert hatte. NobNeddy holte seine Pfeife aus dem Etui, lehnte sich an den Mast seines Charterbootes und dachte sich: „Niemand hat begriffen, dass ich es nur gut gemeint habe. Ich war doch eigentlich der Papa der Flotte – aber diese Jungs sind einfach nur undankbar. Gut, dann bleib ich halt hier, segle weiter durchs Mittelmeer und wer weiß, vielleicht braucht ja hier einer meinen Rat.

Am Ufer des wunderschönen Flusses im wunderschönen Tal brannte „Und-Langsam-Windet-Sich-Der-Fluss-Rhine" ein Zündholz an und hielt es in das von ihm gesammtelte Reisig. Als die Flammen hochloderten, lehnte er sich bequem zurück und dachte sich: „So, die eine Flottenbaustelle hast Du jetzt abgearbeitet, die anderen kommen alle noch dran. Vielleicht frag ich ja mal den Crewspeaker Brookmiller um Rat. Neue Besen kehren gut und ich bin einer…"

Das Feuer prasselte und der Fluss wand sich langsam durch das wunderschöne Tal.

Beam mich rauf, Scotty

Fußballturnier D 520

Ein erfolgreiches Fußballturnier konnte bei D 520 durchgeführt werden.

Sechs Mannschaften des Zentralen Objektschutzes spielten nach der Begrüßung und Turniereröffnung durch Herrn Leiter Einsatz, AD Schneider, um den Sieg. Alle Spiele waren von hoher Einsatzbereitschaft, Kampfgeist und Taktik, aber auch Fairness geprägt.

Das Spiel um Platz drei entschied im Siebenmeterschießen der Tagesdienst von D 520 für sich. Im Finalspiel standen sich der 4. und der 5. Zug als gleichwertige Gegner gegenüber. Da es nach Ende der regulären Spielzeit und Verlängerung immer noch unentschieden stand, musste auch hier letztendlich der Sieger durch ein spannendes Siebenmeterschießen ermittelt werden.

Hier konnte sich der 4. Zug mit 5:3 Toren durchsetzen. Die Siegerehrung wurde von Herrn Polizeipräsident Dr. Thiel sowie dem Dienststellenleiter von D 520, EPHK Titze, im Beisein von Herrn Polizeivizepräsident Bereswill und dem Leiter D 500, PD Winter, vorgenommen. Der 4. Zug konnte neben dem Turniersiegerpokal auch den Wanderpokal in Empfang nehmen, den er nächstes Jahr verteidigen muss.

Ein großer Dank ist allen Personen und Organisationseinheiten auszusprechen, die in unterschiedlicher Weise zum Gelingen diese ersten Fußballturniers von D 520 beigetragen haben.

Neben vielen Kolleginnen und Kollegen anderer Dienststellen aus dem Hause, die sich dem reichlichen Kuchen- und Würstchenangebot widmeten und hierdurch den Sozialring hiesiger Behörde unterstützten, seien noch stellvertretend die Berufsvertretungen, der Personalrat und das Sanitätsteam von V 4 genannt.

D.T .

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Service

Mehr als nur eine Pflichtveranstaltung

Am 28.10.2010 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Service im Cafe-Bar-Restaurant K16 in Frankfurt statt. Wir vertreten Kolleginnen und Kollegen von E 1 bis E 4, der Abteilungen Verwaltung und Zentrale Dienste sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Teilnehmer der Jahreshauptversammlung der KG Service

Neuwahlen standen nicht an, da dies im letzten Jahr erfolgt war. So konnten wir uns ganz auf die Sacharbeit konzentrieren. Im Jahresrückblick wurden die Arbeit der Kreisgruppe und der Bezirksgruppe dargestellt. Über die Anträge und Diskussionen des Landesdelegiertentages 2010 wurde zusammengefasst berichtet und ein Ausblick gegeben auf die Arbeit der Kreisgruppe im nächsten Jahr. Zu diesen Themen entspann sich eine lebhafte Diskussion.

Die Teilnahme an der Kundgebung der Gewerkschaft in der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit war ebenso Thema wie selbstverständlich die Belange des dienstlichen Alltages. Wir warben für die Teilnahme an weiteren Demonstrationen und Veranstaltungen, denn nur wenn Viele teilnehmen, werden wir gehört und können etwas verändern.

Weiterhin wurde von dem erfolgreichen und gut besuchten Familientreffen im August berichtet. Es gab Kaffee und Kuchen, danach wurde gegrillt und bei herrlichem Wetter konnten sich alle an den zum großen Teil selbst gemachten Speisen erfreuen und auch für Getränke war ausreichend gesorgt. Sogar die Kunst kam nicht zu kurz, unser Kollege Karsten Klenke sorgte mit Gesang zur Gitarre für die nötige Stimmung.

Alle Mitglieder und deren Familienangehörige der Kreisgruppen in Frankfurt, die an der Veranstaltung teilnahmen, waren begeistert. Wir hoffen auf eine Wiederholung im nächsten Jahr.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurde der Kollege Hartmut Preßler zum 40. jährigen Gewerkschaftsmitgliedschaft geehrt und mit einem Präsent bedacht. Auch auf diesem Wege möchte ich mich für die geleistete Unterstützung und kollegiale Zusammenarbeit bedanken.

Nach Abschluss der Berichte und Diskussionen klang der Abend mit einem gemütlichen Beisammensein aus.

Sylvia Schwegel-Otto

Ehrungen der Kreisgruppe Service

Hartmut Preßler und Christian Hertel, Kassierer, bei der Urkundenübergabe zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum im Rahmen der Jahreshauptversammlung.

Thomas Klutz, V2, bekommt vom stv. Kreisgruppenvorsitzenden Oliver Hoog seine Urkunde zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum überreicht.

Heinz Kroth, Z4, mit Oliver Hoog und dem Vertrauensmann von Z4, Manfred Kunz, die zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum gratulierten.

Flachbildschirm und Drucker für den Techno-Freak

GdP und Personalratsvorsitzende bedankten sich bei Henning Möller

Zu einem Büfett mit Hirschbraten im Landgasthof Bechtel in Zella hatte die GdP-Hessen den scheidenden HPR-Vorsitzenden Henning Möller, bekannt als „HEMÖ“, zum Abschied eingeladen und dazu auch die Mitglieder des Landesvorstands. Es war ein schönes Fest in angenehmer Atmosphäre, mit gepflegten Weinen und einem kühlen Bier, gestaltet von Jens Mohrherr und Peter Wittig.

Zwei alte Freunde, die früher gut zusammengearbeitet haben, Ex-Staatssekretär Christoph Kulenkampf, links, und Henning Möller. nw

Fest der Überraschungen

Es war aber auch ein Fest mit Überraschungen. Überrascht war Henning Möller von dem Geschenk, das ihm die GdP machte, ein Flachbildschirm modernster Art. Überrascht war er aber auch über die Sonder-Ausgabe des Polizei-Reports, in der sich viele frühere Mitstreiter über ihn ausgelassen hatten. Peter Wittig und Jens Mohrherr, der neue HPR-Vorsitzende, hatten diesen Report zusammengestellt und überreichten ihn HEMÖ.

Mit einem Flachbildschirm neuester Bauart bedankte sich die GdP für die langjährige Arbeit von Henning Möller im HPR, v.l., Vorsitzender Jörg Bruchmüller, Henning Möller, Peter Wittig. nw

Dazu gehörte aber auch ein passendes T-Shirt mit dem Aufdruck „HEMÖ“. Die nächste Überraschung war das Abschiedsgeschenk seiner KG Offenbach, das Jörg Schumacher ihm überreichte: Eine gute Flasche Rotwein und ein großer Knoblauchzopf für den Gourmet und Angelfreund. „Du warst ein braves Mitglied, hast mich seinerzeit in die GdP geholt und gezeigt, was Engagement ist“, bedankte er sich. Eine Überraschung war auch der Besuch des Ex-Staatssekretärs Christoph Kulenkampf. „Mein Lieblingsstaatsekretär“, wie es HEMÖ ausdrückte. Kulenkampf bedankte sich für die Einladung. Es sei ihm runter gegangen wie Öl und Honig. „Ich bin gespannt, wie ein solcher Workaholic die neue Zeit besteht“, fragte er sich.

Als er damals ins Amt gekommen sei, habe man vor gravierenden Einschnitten in die Polizeilaufbahn gestanden. Die zweigeteilte Laufbahn mit der Heraufschwemmung des mittleren in den gehobenen Dienst, sei bei anderen Bundesländern nicht beliebt gewesen. Er sei der Meinung gewesen, dass dies nur durch Gesetz möglich sei, gegen den Widerstand im HMdI. Und das habe auch geklappt. HEMÖ sei bei der Durchführung eine wichtige Stütze gewesen. Er sei immer ein kritischer aber loyaler Mitstreiter gewesen. Henning Möller würzte die Rede mit einem Kulenkampf-Zitat: „Die sind irre im HPR“.

Da geht eine Ära zu Ende

„Du spürst, da geht eine Ära zu Ende“, lobt GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller den langjährigen HPR-Vorsitzenden. Es bewege, im Rückblick zu sehen, wie er sich für die Kolleg/innen engagiert habe. „Was wir heute sehen, ist Dein Vermächtnis“, lobte er Henning Möller. Ob neuer Arbeitsplatz Auto, Wache, Bekleidung oder Technik, er habe es geschafft, habe es laufen lassen, ohne einen Zweifel daran zu lassen, dass er der Vorsitzende sei. Das „Wie“ sei das Entscheidende gewesen: These, Antithese, Synthese. Er sei eine Integrationsfigur gewesen, was in seiner Persönlichkeit

Ein letztes „Prosit" zum Abschied auf die jahrzehntelange Arbeit als Stellvertreter und als Vorsitzender im HPR der Polizei, v.l., Henning Möller, Jens Mohrherr, Peter Wittig, Frankfurts BZG-Vorsitzender Wolfgang Link. nw

begründet sei. Er habe Kompromisse geschlossen, zahlreiche Minister, Staatssekretäre, Landespolizeipräsidenten und Abteilungsleiter er- und überlebt. „Du warst der Leuchtturm, an dem sie sich ausrichten mussten". Nicht vergessen dürfe man, dass HEMÖ auch der Vater der „Postkartenaktion" gewesen sei. Bruchmüller bedankte sich dafür, dass Möller die gesetzliche Neutralität des Personalvertretungsgesetzes in den Vordergrund gestellt habe.

Diese Einstellung habe meist zum Erfolg geführt. „Wir als GdP sind aber auch stolz darauf, jemanden aufgebaut zu haben als Nachfolger für den HPR. Jens Mohrherr habe sich über Monate eingearbeitet und heute sei die Staffelholzübergabe erfolgt. Die GdP stehe an seiner Seite, versicherte er ihm unter dem Beifall der Anwesenden („Jens wir werden Dich tragen") und überreichte ihm ein kleines Präsent.

Henning Möller tröstete er damit, dass er nicht in Pension gehe, wohl aber in den Ruhestand. Er bleibe der GdP als Berater im HMdI erhalten. Er hoffe, dass HEMÖ mit dem neuen Innenminister Brücken baue, das Bestmögliche erreiche für Polizei und GdP. Zwischen dem HPR-Vorsitzenden und der GdP dürfe es Harmonie geben, müsse aber nicht sein.

Der Mensch stand im Mittelpunkt

Das Erlebnis mit einem erschossenen Kollegen habe ihn dazu gebracht, sich um die Sicherheit der Polizeibeschäftigten zu kümmern, erklärte Henning Möller seine Arbeit. „Schutzwesten für jeden war das Ergebnis, ohne dass es die Kolleg/innen etwas kostete". Man habe in seiner Zeit mit dem Wachenprogramm 80 Reviere und Stationen renovieren können, vor allem in alten Präsidien und Direktionen. „Die „Kampfmaschinen" Bernhard Langer und Heinz Freund hätten ihm zur Seite gestanden. Es habe aber auch hin und wieder Schelte gegeben. „Im HPR muss man sich auch einmal streiten, sonst kann die Polizei nicht weiterkommen", sei seine Devise gewesen. Er vergesse nie die Streitgespräche zwischen Hansgeorg Koppmann und Hans-Jürgen Lipinski. Kritik übte Möller an Innenminister Volker Bouffier. Der habe Kälte in das Klima gebracht. Das sei nicht gut gewesen. Die Achtung vor der Würde des Menschen müsse im Mittelpunkt stehen. Henning Möller ging aber auch auf seinen Nachfolger ein. Es sei gelungen, einen Nachfolger aufzubauen, was sonst vor Ort oft nicht gelinge. Jens Mohrherr habe als „Halbirrer" im Haus angefangen, habe sich „Schwielen an die Stirn gehauen". Er wünschte ihm viel Glück für die Zukunft. Leicht werde das sicher nicht. „Er hat nichts zu verteilen".

Danke für einen Multifunktionsdrucker

Zu all dem technischen Gerät, das Henning Möller geschenkt worden war, kam noch ein Multifunktionsdrucker, den ihm die Personalratsvorsitzenden der GdP am letzten Tag der einwöchigen Klausur in Zella schenkten. Man habe gut mit ihm zusammen gearbeitet, versicherten sie dem sichtlich gerührten HPR-Vorsitzenden bei seiner letzten Amtstätigkeit.

Man sei von ihm auch immer gut informiert worden und habe den Eindruck gehabt, dass er die Interessen des Personals an der Basis ernst nehme. nw

GdP-Geschäftsführer Bernd Kuske-Schmittinger spielte zum Abschied von Henning Möller noch ein paar bekannte Arbeiterlieder. nw

45 Jahre –
Treffen des PolizeiAnwärterLehrgang 53b Hanau

Die Jahreszahlen machen uns darauf aufmerksam, wie schnell doch die Zeit vergangen ist und wie lange doch die gemeinsamen Jahre der polizeilichen Ausbildung zurückliegen.

Angefangen hatte alles am 1. Juli 1965, als 46 Polizeianwärter, weibliche Bewerber gab zu dieser Zeit (leider) noch nicht, in der 9. Hundertschaft unter Leitung von PHK (Papa) Dönch und später PHK Martin Kreck, Bereitschaftspolizei in Hanau, an.

Heute sind alle Lehrgangskollegen bereits im verdienten Ruhestand und auch der Hans Schlachter, der in das Nachbarland Rheinland Pfalz gewechselt war und daher erst mit Erreichen des 63. Lebensjahres aus dem Polizeidienst verabschiedet werden konnte, hatte es nunmehr geschafft. Er war es denn auch, der sich bei unserem letzten Treffen in Niedermoos/Vogelsberg bereiterklärt hatte, dieses Treffen vorzubereiten.

Viele Ehemalige folgten seiner Einladung in den Pfälzer Wald und zum Ende der Deutschen Weinstraße mit dem „Deutschen Weintor". Das imposante Denkmal wurde während der NS-Zeit in nur 2 Monaten und nur 1 km von der Grenzstadt Wissembourg entfernt 18.10.1936 erbaut. Weithin sichtbar, war dieser Treffpunkt nicht zu verfehlen.

Bei schönem Wetter, einem traditionellen Flammkuchen der Region und einem Gläschen Wein erfolgte dort auch die erste Begrüßung. Es schloss sich ein kleiner Rundgang an und danach fuhr man gemeinsam durch den Wasgau zu unserem 200m vor der französischen Grenze liegendem Hotel St. Germanshof.

Geschichtlich sehr interessant befindet sich hier übrigens auch das 2007 eingeweihte Europadenkmal. An diesem Ort hatten sich am 6. August 1950 hunderte Studenten aus neun europäischen Staaten der damals noch kontrollierten Grenze genähert. Auf beiden Seiten der Grenze wurden die Schlagbäume vor den Augen der Zöllner zersägt und als Brennmaterial für ein Europafeuer benutzt. Am Vortag der Sitzung des Europarates in Straßburg forderten die Menschen ein europäisches Parlament, eine europäische Verfassung und einen europäischen Paß. Die Aktion verlief friedlich und diszipliniert!

Nach kurzem Einchecken im Hotel starteten wir eine ca. 6km lange Wanderung durch den Mundatwald. 1946 wurde ein Gebiet von 7 km2 im deutschen Teil des Waldes dem französischen Staatsgebiet eingegliedert. Erst 1986 wurde Frankreich als Grundbesitzer über das fragliche Gebiet (außer Burgruine Guttenberg) eingetragen und erhielt die unbefristeten Holz-, Jagd- und Wasserrechte.

Auf unserem Weg lagen unübersehbar Massen von Eßkastanien und so machten wir denn auch Bekanntschaft mit Wildschweinen, die sich daran gütlich taten. Auf dem fast ständig steil ansteigenden Weg begleiteten uns trotz der vergangenen Jahrzehnte noch deutlich Spuren der Stellungskämpfe aus den

Weltkriegen und verlangte uns so manchem Schweißtropfen ab. Leider hatten wir nicht ganz „die Marschzahl“ eingehalten und sind damit ein paar Meter? zu viel gelaufen. Aber es hat Spaß gemacht und am Ende wurden wir nicht nur mit einem schönen Blick über die Weinhänge, sondern auch an einem Winzerstand mit einem guten Glas Wein belohnt. Nur noch ein Sprung war es dann zum nahen Zielort Schweigen und dort zum Weingut Beck, wo in der romantischen Weinstubb so manche Weinlage über die Zunge lief.

Mit einem gut funktionierenden Fahrdienst ging es zurück zum Hotel, denn dort sollte „unser gemeinsamer Abend“ stattfinden. Ob deftiger „Saumagen“ oder anderen Spezialitäten der Region, die Speisekarte hielt für jeden etwas bereit, das Grundlage für den weiteren Abend werden sollte. Das folgende gemütliche Beisammensein begann mit Austausch gemeinsamer Erinnerungen „weißt Du noch, das waren noch Zeiten“. Bilder aus gemeinsamen Zeiten und vom letzten Treffen frischten so manche Erinnerungslücken auf, die es zu schließen galt und dies dauerte bei Einigen bis in die späte Nacht.

Am folgenden Morgen – für Manchen kurz darauf - war ein gemeinsames Frühstück angesagt. Leider ließ es der zeitliche Rahmen nicht mehr zu, das nahegelegene interessante Museum der „Maschino-Linie“ aus dem ersten Weltkrieg zu besichtigen. Was dennoch sein mußte, war zum Abschied vor dem historischen Gasthaus das Gruppenfoto, das nicht nur zur eigenen Erinnerung an diesem Treffen, sondern auch allen anderen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht teilenehmen konnten, erhalten.

Gemeinsame Stunden gingen zu Ende, die geprägt waren von einer herzlichen Atmosphäre und einem ebenso herzlichen „Dankeschön“ an unserem Kollegen Hans Schlachter, der in seiner Genesungszeit, dieses Treffen ausgerichtet hat.

Gemeinsam wurde auch beschlossen, sich nicht erst zum 50. Jahrestag, sondern bereits im Jahre 2012 zu treffen. Als Ausrichter hat sich sofort Jochen Breitenbach bereiterklärt, der im Oberpfälzer Wald wohnt und alle freuen sich darauf.

D.E.R.

Wer bestellt, der bezahlt

Gerhard Kaiser informierte über Pflegeversicherung und Beihilfe

Man müsse unterscheiden zwischen einer Kranken- und einer Pflegeversicherung, erklärte Gerhard Kaiser, Sachbearbeiter bei der Beihilfestelle in Hünfeld, beim Seniorenseminar in Tann/Rhön.

Pflegeversichert seien alle Menschen in Deutschland per Gesetz. Es gebe aber auch noch einen Unterschied zwischen freiwillig gesetzlich versichert, privat oder bei der Freien Arzt- und Medizinkasse (FAMK) versichert.

Die Pflegeleistungen sind aber bei allen versicherten gleich, außer man hat noch eine zusätzliche private Versicherung für solche Fälle.

Wer die Pflegeversicherung in Anspruch nehmen wolle, benötige eine Pflegestufe. Die Zuteilung einer der drei Pflegestufen liege in den Händen der Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes der Pflegeversicherung. Sie handelten im Auftrag der Versicherung und versuchten, Geld zu sparen.

Das heißt, möglichst keine Pflegestufe zuteilen. Das gehe bei einem Besuch in etwa nach dem Motto: Sie können sich doch noch selbst anziehen, selbst waschen, selbst essen usw.? Natürlich antworten die meisten Menschen mit „Ja“, weil sie sich ja noch für voll handlungsfähig halten. Das aber ist die Falle. Wer so antwortet, bekommt in der Regel keine Pflegestufe. Ohne Pflegestufe gibt es aber kein Geld von der Pflegeversicherung. Und wer ohne Pflegestufe einen Pflegedienst beauftragt, der muss auch für die Kosten aufkommen, Motto: „Wer bestellt, bezahlt“.

Zuteilung einer Pflegestufe

Bevor man also für einen zu pflegenden Angehörigen eine Pflegestufe beantragt, sollte man ein „Pflegetagebuch“ führen und über einen längeren Zeitraum aufführen, was man mit dem zu Pflegenden macht. In der Dokumentation könnte stehen: Waschen, anziehen, Schuhe anziehen, einkaufen gehen, spazieren gehen, Hilfe beim Gang zur Toilette, beim Essen und sonstiges, was notwendig ist. Dazu sollte man die aufgewendete Zeit schreiben. Wenn

Auch wenn er es nicht so richtig wahrhaben wollte, Gerhard Kaiser war ein Fachmann für Pflegeversicherung und Beihilfe. nw

dann der Medizinische Dienst kommt, sollte man vorher den oder die zu Pflegende darauf vorbereiten. Man sollte einen festen Termin ausmachen und anwesend sein, um eingreifen zu können. Man kann auch Einspruch erheben gegen das „Urteil“ des Medizinischen Dienstes.

Wichtig ist vor allen Dingen, sich vorher darüber im Klaren zu sein, ob ambulante oder stationäre Pflege notwendig ist, ob man selbst zuhause pflegt oder die betroffene Person in ein Heim muss oder ob betreutes Wohnen mit Heimanschluss (Pflegemöglichkeit) ausreichend ist. Ist ein Ehepartner da, der die Pflege übernehmen kann. Wohnen Kinder im Haus, die dazu in der Lage sind? Muss/kann das Haus/die Wohnung altersgerecht umgebaut werden, damit man in den eigenen vier Wänden bleiben kann?

Pflegestufen und Kosten

In der Pflegestufe I (ambulant) reicht das Pflegegeld (zusammen mit der Rente) meist aus, um selbst zuhause pflegen zu können oder eine Pflegekraft in Anspruch zu nehmen. Bei der Pflegestufe II wird es finanziell knapp. Das pauschale Pflegegeld ist erheblich geringer wie der der Zuschuss für professionelle Hilfe. das ist politisch gewollt. Bei Pflegestufe III, vollstationär, reicht das Geld der Pflegekasse auf keinen fall und es wird auch eng mit der eigenen Rente und der vom Staat gewährten Beihilfe bei Pensionären.

Will man in dieser Stufe zuhause pflegen, sollte man einen Pflegekurs gemacht haben. Bei professioneller privater häuslicher Pflege prüft die Pflegekasse, ob für den/die Pflegende/n Rentenbeiträge gezahlt

werden müssen. Die bezahlt die Pflegekasse.

Wenn das eigene Geld und das der Kasse nicht ausreichen, hilft das Sozialamt. Das prüft aber vorher, welche Vermögenswerte vorhanden sind (das eigene Haus wird „verwertet“) und wie diese zu Geld gemacht werden können für die Pflegekosten. Wichtig ist auch, zu wissen, dass Familienangehörige auf- und absteigender Linie zum Unterhalt verpflichtet sind. Sowohl Eltern für Kinder als auch umgekehrt. Schwiegerkinder gehören nicht dazu. Ihre Vermögenswerte dürfen auch nicht herangezogen werden.

Generell ist zu sagen, dass die Pflegeversicherung verbessert werden müsste. Eine „Ludmila“ mit Touristenvisum darf hier nicht pflegen, auch wenn das tausendfach gemacht wird. Es ist illegal und strafbar, auch wenn es für die Betroffenen bequem ist, jemanden für etwa 1000 Euro zu haben, der rund um die Uhr pflegt. Es gibt professionelle Pflegedienste, die ausgebildete Kräfte vermitteln. Das kostet in der Regel 1100 bis 1300 Euro im Monat. Dann trägt dieser Pflegedienst das Risiko. er muss diese Menschen gesetzlich versichern.

Beihilfe

Auch für notwendige Pflege gibt es Beihilfe. 50 Prozent zahlt die Pflegekasse, 50 die Beihilfe. Wer eine Pflegestufe hat, sollte dies mit der „Anlage P“ der Beihilfestelle schicken. Bei der Pflege gilt die Bundesbeihilfeverordnung. Bei Hilfsmitteln gibt es feste Sätze nach dem Katalog für Pflegehilfsmittel, z.B. für ein Pflegebett mit einer bestimmten Matratze, für einen Badewannenlifter, bei der Verbesserung des Wohnumfeldes (etwa bodenebene Dusche, breite Tür für Rollstuhl, Treppenlift). Das geht aber nur, wenn eine Pflegestufe zugeteilt ist. Alles was hier von der Krankenkasse/Pflegekasse anerkannt wird, ist auch beihilfefähig.

Zuschüsse gibt es auch bei einfacheren Hilfsmitteln wie Rollator, Krücken, Toilettenstuhl). Bei einem Heimaufenthalt seien Inkontinenzartikel meist im Heimsatz enthalten. Würden sie gesondert verordnet, dürfe kein Eigenanteil abgezogen werden, da es sich nicht um ein Rezept handle.

Es gibt auch Beihilfe für Unterkunft und Verpflegung (Hotelkosten), abzüglich des Anteils, der zuhause auch benötigt würde.

Bei ambulanter Pflege können auch Teilleistungen eines Pflegedienstes in Anspruch genommen werden. Das gilt als „Pflegesachleistung“ (Kombipflege). Bei häuslicher Pflege hat der/die Pflegende Anspruch auf bis zu vier Wochen Urlaub, auf Kosten von Pflegeversicherung und Beihilfe. Ein Bediensteter, der Anspruch auf Beihilfe hat, sollte möglichst sofort bei der Beihilfestelle einen Antrag stellen, dass bestimmte Personen die Beihilfe in seinem Namen beantragen können. Dazu gibt es ein Formular, das bei der Beihilfestelle beantragt werden kann.

Dort wird der Antrag mit den entsprechenden Namen registriert. Das kann man jederzeit machen, da man nicht weiß, ob man nicht plötzlich aufgrund eines Unfalls oder einer Krankheit nicht mehr in der Lage ist. für sich selbst zu sorgen. In diesen Bereich gehören auch die Kapitel Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

Änderungen der Beihilfe

Er sei zwar nicht unbedingt auf dem neuesten Stand der geplanten Beihilfeänderungen, sagte Gerhard Kaiser, mit dem man während seines Vortrags diskutieren konnte, er sei sich aber sicher, dass etwas geändert werde und zwar zuungunsten der Beschäftigten. Ein „Diktat der leeren Kassen“ dürfe allerdings nicht zu rigorosen Kürzungen kommen. Das hätten höchstrichterliche Urteile schon festgelegt.

Man rechne mit einer Kürzung der Sätze für Heilpraktiker (die eigentlich ganz gestrichen werden müssten, was aber eine bestimmte Partei verhindert habe). Es gäbe auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Praxis, den Erben eines beihilfeberechtigten verstorbenen keine Beihilfe gezahlt werden, nicht verfassungsgemäß sei. Notwendige Aufwendungen für Beerdigungen würden als Beihilfe auch an Eltern oder Kinder ausgezahlt. Bei anderen Personen muss nachgewiesen werden, was bezahlt worden ist und was die Krankenkasse bezahlt hat.

Die Sachleistungsbeihilfe für freiwillig gesetzlich Versicherte wird wahrscheinlich wegfallen, so Kaiser. Davon seine aber nur etwa zehn Prozent der Polizeibeamt/innen betroffen. Man könne nur hoffen, dass es einen Bestandsschutz gebe.

Die Beihilfe müsse angemessen sein. Die Leistungen dürften nicht unter den gesetzlichen Leistungen liegen. Zu Problemen könne es hier bei Hörgeräten kommen.

Die würden sehr schlecht „gesponsert“. Gesetzliche Versicherungen zahlten fast das Doppelte. Probleme gebe es auch bei der Beschaffung von Cepap-Geräten für Schlafapnoe.

Wer sich persönlich über „Pflege“ und alles was damit zusammenhängt informieren will, der Kann sich bei der örtlichen Arbeiterwohlfahrt, bei der Caritas, der Inneren Mission oder bei seinem zuständigen Sozialamt informieren. Dort wird ihm kompetenter Rat zuteil.

Man kann wegen entsprechender Broschüren auch anfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Broschüren können dort bestellt werden unter der Adresse: Postfach 201551, 53145 Bonn.

Eine gute Adresse für ältere Menschen ist auch die „BAGSO“.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Bonngasse 10, 53111 Bonn, E-Mail: kontakt@bagso.de.

Lob für Veranstalter und Veranstaltungsort

Die Seminarteilnehmer/innen zeigten sich sehr angetan von diesen Informationen.

Sie lobten bei der Seminarkritik auch das Engagement des Seniorenvorstandes.

Viel Lob gab es für Unterkunft und Verpflegung im Gasthaus „Zur Krone“. Da merkten alle, dass dieses Haus auch eine eigene Metzgerei hat mit vielen Wurst- und Fleischspezialitäten.

nw

Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung

Ein Unfall, eine Krankheit oder altersbedingte Krankheit können dazu führen, dass man seine Angelegenheiten nicht mehr selbstverantwortlich regeln kann.

Mit einer Vorsorgevollmacht ermöglichen sie es aber ihren Angehörigen oder anderen Vertrauenspersonen, dann wichtige Entscheidungen für sie zu treffen.

Viele Menschen denken immer noch, dass Ehepartner oder Kinder automatisch für sie entscheiden dürfen, wenn sie das selbst nicht mehr können. Doch Angehörige haben in einer solchen Situation nur dann eine allumfassende Vertretungsvollmacht, wenn ihnen ausdrücklich eine Vollmacht erteilt wurde. Ist dies nicht der Fall, wird unter Umständen die Bestellung eines gesetzlichen Betreuers durch das Betreuungsgericht notwendig. Dabei werden zwar die nächsten Verwandten berücksichtigt. Doch wenn aber die Angehörigen oder andere Vertrauenspersonen eine Vollmacht haben, entfällt der Umweg über das Gericht. Auch wenn es eine Patientenverfügung gibt, kann es sinnvoll sein, diese im Ernstfall durch einen Bevollmächtigten durchsetzen zu lassen.

Welche Lebensbereiche betrifft die Vorsorgevollmacht?

Die Vollmacht kann sich auf a l l e Lebensbereiche beziehen, von der Vermögensverwaltung bis hin zur Auswahl eines geeigneten Pflegeheimes. Eine Vollmacht kann als Generalvollmacht erteilt werden. Es ist ebenfalls möglich, nur für spezielle Bereiche (z.B. medizinische Angelegenheiten) eine Vollmacht zu erteilen. Dann allerdings kann für andere Bereiche zusätzlich die Bestellung eines Betreuers notwendig werden.

Genügt eine Generalvollmacht zur Vorsorge?

Wenn sie für die folgenden Fälle eine Vollmacht erteilen wollen, müssen sie diese auch bei einer Generalvollmacht ausdrücklich benennen. Entscheidungen über ärztliche Untersuchungen, Heilbehandlungen oder medizinische Eingriffe, wenn hierbei Lebensgefahr besteht (etwa bei einer Herzoperation) oder ein schwerer langfristiger Gesundheitsschaden (z.B. Amputation) zu erwarten ist. Falls der Arzt und der Bevollmächtigte nicht einvernehmlich den mutmaßlichen Patientenwillen feststellen können, entscheidet hier trotz Vollmacht das Betreuungsgericht. Eine Patientenverfügung kann hilfreich sein, in diesem Fall Klarheit über den Patientenwillen zu halten. Entscheidung über geschlossene Unterbringung oder andere Freiheit beschränkende Maßnahmen.

Auch entscheidet trotz Vollmacht immer das Betreuungsgericht mit. Entscheidung über eine Organspende.

Was geschieht, wenn ich meine Angelegenheiten nicht mehr alleine regeln kann und keine Vorsorgvollmacht ausgestellt habe?

Ist dies der Fall, kann die Bestellung eines Betreuers notwendig werden. Auch für diesen Fall kann vorgesorgt werden. Wenn in einer so genannten Betreuungsverfügung ihre Wünsche für eine Betreuung dargelegt und ggf. einen Betreuer ihrer Wahl vorgeschlagen haben, setzt das Gericht unter Berücksichtigung ihrer Verfügung einen Betreuer ein und kontrolliert, ob die Betreuung soweit wie möglich ihren Wünschen entspricht.

Für wen ist die Betreuungsverfügung besser geeignet als die Vollmacht?

Die Betreuungsverfügung kommt vor allem für jene in Betracht:

- die niemanden eine Vollmacht anvertrauen wollen sondern eine Kontrolle durch das Betreuungsgericht wünschen.
- die keine nahe stehende Person mehr haben, aber in einer Verfügung ihre Wünsche bezüglich ihrer Betreuung - auch durch einen möglicherweise fremden Betreuer - deutlich machen wollen.

Weitere Informationen über Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung findet man auch über die in jeder Stadt vorhandenen Beratungsstellen sowie unter anderem auch auf www.MeinASB.de

Pflegelotse hilft bei Suche nach Heimplatz

Die Zahl der Pflegeheime ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die Einrichtungen werben mit modernem Wohnambiente, individuellen Betreuungskonzepten und zuvorkommenden Pflegepersonal.

Da fällt es schwer, aus dem vielfältigen Angebot eine geeignete Einrichtung im Pflegefall auszuwählen. Wichtig ist, sich nicht von Hochglanzprospekten blenden zu lassen, vielmehr sollen in erster Linie eine intensive Betreuung und eine qualifizierte medizinische Versorgung ausschlaggebend für die Wahl eines Pflegeheimes sein. Der neue Pflegelotse der Krankenkassen bietet deshalb mehr Transparenz in der Pflege. Pflegeeinrichtungen in ganz Deutschland wurden vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen hinsichtlich ihrer Qualitätskriterien geprüft und benotet. Die Ergebnisse sind für jeden u.a. im Internet einsehbar. Die Pflegenote ist eine wichtige Orientierungshilfe, zusätzlich sollten aber auch die in Frage kommenden Einrichtungen besichtigt werden. Am besten sucht man die Heime zu verschiedenen Tageszeiten auf, um den Alltag mitzuerleben. Weitere Informationen hierzu findet man auch im Internet unter

www.pflegelotse.de.

K.D

Einen alten Baum verpflanzt man nicht

Seniorenseminar: Betreutes Wohnen/Service Wohnen

Fünfzig Teilnehmer/innen informierten sich beim Seniorenseminar der GdP-Hessen in Tann/Rhön über Problematiken, die nicht nur im Alter auftreten können. nw

„Betreutes Wohnen" ist ein wichtiger Begriff für alle Menschen, die älter werden oder behindert sind. Man kann nicht rechtzeitig genug damit anfangen, sich darüber Gedanken zu machen, sonst kann es eines Tages zu spät sein. deshalb wurde dieses Thema auch beim Seniorenseminar 2010 in Tann/Rhön wieder auf die Tagesordnung genommen. In allen Lebensphasen sind Wohnung und Wohnumfeld für Menschen ein wichtiger Ort an dem privater Alltag und Lebensstil gestaltet werden. Das Zuhause ist Quelle für Sicherheit, Selbstständigkeit und persönliches Wohlbefinden. Wer vorausschauend plant, wählt sich daher schon in seinen „besten Jahren" einen Wohnort an dem er gute Bedingungen zum Leben vorfindet – und denkt dabei auch daran, dass Wohnung, Haus und Umfeld ein guter Platz sind, um älter zu werden!

Vorsorge früh beginnen

Die Vorsorge, die das Wohnen im Alter betrifft, und alle anderen Dinge, die damit zusammenhängen, kann man nicht früh genug beginnen. Sie betrifft in erster Linie die Gesundheit. Es ist nie zu spät, auch im fortgeschrittenen Alter damit zu beginnen. Dazu gehören eine ausgewogene Ernährung, gesund leben und Bewegung. Dazu gehören aber auch Dinge, die uns im Alter oder bei einer Erkrankung/Behinderung helfen, einigermaßen selbst bestimmt weiter zu leben. Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsverfügung sind wichtig. Man sollte aber auch schon rechtzeitig eine Vollmacht zur Beantragung der Beihilfe bei der Beihilfestelle abgeben. Es gibt noch mehrere Arten von Vollmachten, die aufzuführen aber ein eigenes Seminarthema sind. Zu finden sind sie im Zweifelsfall in den Schriften der GdP und auch im APS-Programm der GdP im mitgliederinternen Teil. Da gibt es auch Hinweise zur richtigen Krankenversicherung, zu einer Pflegeversicherung oder einer Unfallversicherung für Senioren. Man sollte generell seine bestehenden Versicherungen dahingehend überprüfen, ob sie auch wichtig und notwendig sind im Alter, ob man sie umstellen muss oder ob man sie kündigen kann. Ein zweischneidiges Schwert ist dabei die Sterbegeldversicherung. In die zahlt man bei längerer Laufzeit oft mehr ein, als man herausbekommt. Das hat schon die Stiftung Warentest festgestellt.

Wohnen im Alter

Wer schon in jungen Jahren die richtige Entscheidung trifft für ein Wohnumfeld, das auch dem Alter gerecht wird, für den trifft das Sprichwort nicht zu: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht". Wer aber in dieser Richtung nicht vorgesorgt hat, der sollte sich schnellstens überlegen, wie er das ändern kann. „Geht nicht"! gibt es nicht. Alter oder auch eine körperliche und/oder geistige Behinderung führen oft zu Bewegungseinschränkungen. Kann man dann noch die Stufen hochgehen ins Schlafzimmer, muss man einen Treppenlift einbauen, kann man das Schlafzimmer ins Erdgeschoss verlegen, gibt es dort die notwendigen sanitären und altersgerechten Anlagen, hat die Wohnung eine begehbare Dusche oder eine Hebevorrichtung in der Badewanne, sind die Türen breit genug für einen Rollator oder für einen Rollstuhl, hat das Haus in dem man wohnt, einen Aufzug? Kann ich mir in meinem Umfeld die notwendige Unterstützung/Hilfe/Pflege besorgen, gibt es Ärzte in der Nähe, Einkaufszentren, einen öffentlichen Personennahverkehr, habe ich Familienmitglieder die mich unterstützen, habe ich das Geld, meine Wohnung altersgerecht zu gestalten, gibt es Finanzhilfen? All das sind Fragen, die man sich rechtzeitig stellen und auch beantworten muss. Auch hier finden sich im APS-Programm der GdP Antworten/Adressen, die weiterhelfen.

Demografische Entwicklung

Nicht vergessen dürfen wir die demografische Entwicklung. Je älter die Menschen werden, und sie werden immer älter, umso höher ist der Anteil an Ein-Personen-Haushalten. Der steigt bei den 80jährigen und Älteren rein statistisch auf zwei Drittel. Die Zahl der Menschen, die sich dann nicht mehr selbst versorgen können, die einen Pflegeplatz/zusätzliche Hilfe benötigen, steigt ständig. Der Wunsch, bis zum Tod in

vertrauter Umgebung zu bleiben, geht immer weniger in Erfüllung. Großfamilien, die helfen könnten, gibt es auch immer weniger. Barrierefreie Wohnungen sind nicht überall zu haben, der Umbau oft zu teuer. Man sollte sich bei seiner Gemeinde erkundigen, wer altengerechte Wohnungen vermietet/verkauft. Man sollte auch nicht davor zurückschrecken, im Zweifelsfall das eigene Haus zu verkaufen. Die Entscheidung für eine neue Wohnung/ein ebenerdiges Haus, sollte rechtzeitig getroffen werden, damit der Umzug nicht so schwer fällt. Man sollte dabei auch bedenken, dass man den Kontakt zum Gesangverein, zum Sportverein, zu seinen Bekannten und Freunden möglichst nicht verliert. Auch sie sind im Alter notwendig. „Gemeinschaftliche Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliches Engagement, Hilfe zur Selbsthilfe, all dies sind Möglichkeiten, die wachsenden Lücken im familiären und staatlichen Versorgungsnetz nicht nur zu flicken, sondern mit neuem Leben auszufüllen", schreibt die Stiftung Warentest in ihrem kleinen Leitfaden „Leben und Wohnen im Alter". Es gibt immer mehr „junge Alte" bei denen das Interesse an Wohnprojekten wächst, die eine Alternative bieten zum familiären Netz.

Wohnformen im Alter

Zunächst einmal muss man überlegen, ob man in der seitherigen Wohnung/im Haus bleiben kann, wenn der Partner/die Partnerin die notwendige Unterstützung leisten kann oder ob man sich Unterstützung/Pflege ambulant dazu kaufen kann. Das gilt auch für altengerechte Wohnungen. Eine andere Alternative ist ein Mehrgenerationenhaus wo mehrere Generationen unter einem Dach wohnen. Dann muss man aber auch in der Lage sein, sich in diese Gemeinschaft einzubringen. Stattdessen kann es aber auch eine Seniorenwohngemeinschaft sein in einer großen Wohnung, wo mehrere Senioren wohnen und sich gegenseitig unterstützen, und sei es nur beim Einkaufen. Hier ergänzen sich Alleinstehende und Paare. Die dritte Möglichkeit sind Seniorenwohnhäuser/Servicewohnen, betrieben von karitativen/privaten Einrichtungen. Hier kann man Ein- oder Zweipersonenwohnungen mieten/kaufen, mit angeschlossenem Hilfsangebot wie Hausmeisterservice, Wäscheservice/Pflegeservice/Notruf. Auch „Seniorenresidenzen" gehören in diese Auflistung. Sie sind aber meist nur für gut betuchte Personen gedacht. Da gibt es erweiterte Leistungen, ein angenehmeres Ambiente, eventuell einen oder mehrere Ärzte im Haus und einiges andere mehr. Im Regelfall sind solche „Residenzen" teuer. Als letztes Angebot gibt es dann noch die Pflegeeinrichtungen. Zu allen Wohnformen sind aber im Vorfeld einige Fragen zu klären, z.B. ob der Partner/die Partnerin mit einziehen kann, wie das mit der Finanzierung geregelt ist. Hier darf man keine Angst haben, da die Pflegekassen/Pflegeinrichtungen die notwendigen Informationen geben zur Finanzierung. Man sollte sich auch nicht davor scheuen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die GdP hat auf Bundes- und Landesebene das Thema Betreutes Wohnen/Servicewohnen aufgegriffen. Es ist fester Bestandteil im Seniorenprogramm. Gut wäre es, wenn sich Senioren auf ihrer örtlichen Ebene ein wenig in die GdP-Arbeit einschalteten. Wichtig dabei ist, dass man Einrichtungen für „Betreutes Wohnen" auf örtlicher Ebene begutachtet, um Empfehlungen geben zu können. Rein juristisch dürfen wir keine direkten Empfehlungen geben, wir können aber über unsere Eindrücke berichten.

Norbert Weinbach

Aktiv werden und Protest organisieren

„Beschäftigte und Erwerbslose sollen Rosskur bezahlen", schreibt die Gewerkschaft Ver.di in einem Flugblatt und ruft damit zu gemeinsamer Gegenwehr auf. „Aktiv werden und Protest organisieren" lautet ihr Motto. Dabei geht wieder einmal um eine „Reform", die das Wort Reform nicht verdient. Reform heißt eigentlich, etwas besser zu machen. Was die Bundesregierung aber jetzt mit der so genannten „Krankenkassenreform" macht, liegt genau auf der Linie der Regierung, die vor einigen Jahren das Solidaritätsprinzip der deutschen Krankenversicherung aufgebrochen hat. Unternehmer und Beschäftigte zahlten nicht mehr je die Hälfte der Beiträge. Arbeitgeber brauchten nur noch 7,0 Prozent zu zahlen und Erwerbstätige 7,9 Prozent des einheitlichen Beitragssatzes von 14,9 Prozent. Unabhängig davon wurde/wird die Solidarität untergraben durch Vorteile für die private Krankenversicherung.

Allen Politikern voran marschiert Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP), selbst Mediziner. Er sieht dieses ungerechte und unterschiedlich belastende Verfahren als veraltet an. Er will die seit 1999 um mehr als 30 Prozent gestiegenen Ausgaben der Krankenkassen durch erhöhte Beiträge finanzieren. Gleichzeitig will er aber auch im kommenden Jahr die Zuschüsse um 0,4 Milliarden Euro und 2012 um weitere 1,3 Mia Euro senken. Dazu kommt noch, dass die Ausgaben für Arzneimittel weit überdurchschnittlich um fast 70 Prozent gestiegen sind. Gegen die Pharmaindustrie und ihre gut verdienenden Manager will Herr Rösler aber nicht vorgehen. Diese einflussreichen Unternehmen sollen nicht unnötig zur Kasse gebeten werden.

Da die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen aber keine solche Lobby haben, müssen sie die Zeche bezahlen. Ihr Beitrag steigt erst einmal auf 8,2 Prozent. Wenn das nicht reicht, werden nicht etwa die Arbeitgeber zur Kasse gebeten, dann können (müssen) die Krankenkasse „Zusatzbeiträge" erheben.

Die werden aber nicht mehr wie bisher auf ein Prozent des Einkommens beschränkt sein. Während der Gesundheitsminister behauptet, der durchschnittliche Zusatzbeitrag falle bis 2014 nicht höher aus als 16 Euro im Monat, rechnen ernstzunehmende Wissenschaftler mit einem Anstieg von bis zu 80 Euro im Monat bis zum Jahr 2020.

Nur wenn sich alle Beschäftigten gegen diese „Reform" gemeinsam wehren, bestehe die Chance auf Wiederherstellung der solidarischen Krankenversicherung, ist die nicht unberechtigte Meinung von ver.di.

nw

PSHH bietet Hilfe in Notlagen

Bernhard Langer und Walter Janouscheck bei den Senioren

Beim gut besuchten Seniorenseminar der Hessen-GdP in Tann/Rhön, berichtete Bernhard Langer über die Aktivitäten der Polizei-Sozialhilfe Hessen, die mit den GdP-Senioren zusammenarbeite. Die PSHH unterstütze Kolleg/innen in Notlagen. Es gäbe zahlreiche kranke Kolleg/innen, denen man helfen könne, wenn es ihnen finanziell nicht so gut gehe. Es könne monetäre Hilfe sein oder auch Hilfe bei Bürokratismus. Notwendig sei aber, dass die Kreisgruppen an die PSHH heranträten. Walter Janouschek stellte das „Präventivprogramm für Senioren" vor. Hier sei ein Netzwerk geknüpft worden mit Behörden, Organisationen, Vereinen und Politikern. Die PSHH sei gerne bereit, dieses Programm den Senioren in Bezirks- und Kreisgruppen vorzustellen. Die Erlaubnis, das auf Dienststellen zu machen, habe das HmdIuS generell gegeben. Interessierte Kreisgruppen müssten aber auch hier an die PSHH herantreten. Adresse der PSHH:

Polizei-Sozialhilfe Hessen, Saalestr. 9, 65468 Trebur, Telefon 06147-7305.

Gesprächsklima hat sich verbessert

Mit dem neuen Innenminister Boris Rhein sei ein angenehmes Gesprächsklima zustande gekommen, berichtete der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jörg Schumacher beim Seniorenseminar. Mit dem neuen Dienstrechtsmodernisierungsgesetz würden auch die Verhandlungen aufgenommen über eine Veränderung der Lebensarbeitszeit. Es stehe immer noch das Motto der GdP im Raum „20 Jahre belastende Dienstzeit sind genug". Da werde es dann allerdings Übergangsvorschriften geben. Generell kämen auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die Föderalismusreform noch einige Änderungen zu. Interessant sei auch ein neues höchstrichterliches Urteil, dass der Urlaubsanspruch auch bei längerer Krankheit nicht verfalle. Die GdP kümmere sich auch um den Bereich des Zusatzurlaubs für den Schichtdienst. Durch die Föderalismusreform habe die Bundes-GdP immer weniger zu sagen, klagte er, die Landesbezirke müssten aber weiterhin das gleiche Geld an den Bund bezahlen, hätten aber immer mehr Aufgaben alleine zu erfüllen.

Jörg Schumacher, stehend, und Bernhard Langer waren zwei der Referenten bei Seniorenseminar der Hessen-GdP in Tann/Rhön. nw

Auch zur Mitgliederwerbung fand Jörg Bruchmüller einige Worte. Man müsse junge Leute mit Präsenten werben und ihnen während der Studienzeit auch einen Teil des Beitrags erlassen, da dies andere Organisationen ebenso machten. Aber auch hier müsse der LB Hessen nach wie vor die Beitragsanteile an den Bund bezahlen für den vollen Gewerkschaftsbeitrag.

Weitere Themen waren das „GdP-Phone 02" und das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, das sich auch mit der Veränderung der Beihilfe befassen werde. Sowohl zu dem Beitrag der PSHH-Vertreter als auch zu dem von Jörg Schumacher gab es eine rege Diskussion.

nw

Aufmerksame Zuhörer beim GdP-Seniorenseminar. nw

Die Rechte der Senioren stärken

Süddeutsches Treffen der GdP-Senioren in Eltville/Rheingau

Immer im eigenen Saft kochen oder bei den Bundesvorstandssitzungen der GdP-Senioren in Berlin zuhören, was in den einzelnen Bundesländern passiert oder geschehen ist, ist eine Sache. Sich aber zu einem zweitägigen Gedankenaustausch treffen mit allen süddeutschen Ländern, angefangen von Bayern bis Sachsen, das ist eine andere Sache. Da kann man sich ausführlich unterhalten, kann auch ausloten, wo das besondere Interesse der „Süddeutschen" liegt und welche Schwerpunkte man unter Umständen gemeinsam setzen könnte.

Das war auch nicht anders, als sich die Vertreter der süddeutschen Länder in Eltville im schönen Rheingau trafen. Eingeladen hatte der Bezirk Bundeskriminalamt (Winfried Wahlig). Natürlich gab es dabei auch eine Führung durch die „Stadt der Rosen" und ein gemütliches Abendessen mit der Verkostung verschiedener Weine.

Die Hauptrebe im Rheingau ist der Riesling und der schmeckte den meisten Teilnehmern auch am besten. Zu diesem Abendessen hatte sich auch Bezirksvorsitzender Jürgen Vorbeck eingefunden, der die Teilnehmer herzlich begrüßte.

Nachlese zur Bundesseniorenkonferenz

Einer der Schwerpunkte der Beratung war die „Nachlese" zur Bundesseniorenkonferenz. Hier waren sich eigentlich alle Teilnehmer (und die einzige Teilnehmerin) einig, dass die Vorstandswahlen eine vorher abgekartete Sache waren, dass der Bundesseniorenvorstand noch am Tag zuvor Norbert Weinbach mehrheitlich nominiert habe, obwohl da schon der Mehrheit klar war, dass er nicht gewählt würde.

Er fiel im ersten Wahlgang mit Pauken und Trompeten durch, was in der Berichterstattung der Zeitschrift „Deutsche Polizei" nur mehr oder weniger in einem Nebensatz erwähnt wurde. Weinbach verzichtete im zweiten Wahlgang auf eine erneute Kandidatur. Gewählt wurde dann der Mann, der eigentlich als

Die Teilnehmer/in am Treffen der süddeutschen Seniorenvertreter der GdP in Eltville. nw

Stellvertreter nominiert worden war, der aus Nordrhein-Westfalen kam und sich mit einer langen, sehr gut vorbereiteten Rede, den Delegierten vorstellte. Er wurde dann auch zum Vorsitzenden gewählt. Norbert Weinbach machte bei dem Treffen in Eltville deutlich, dass er von vornherein auf eine Wahl verzichtet hätte, wenn die Vorstandsmitglieder ehrlich gewesen wären. Dann hätte man sich diesen Schlamassel ersparen könne. Es bleibe ein gewisses Misstrauen, was die zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bundesvorstand nicht gerade leicht mache.

Rechte der Senioren in der GdP

Ausgiebig diskutiert wurden auch die Rechte der Senioren in den Einzelgewerkschaften des DGB. Dabei waren die Teilnehmer erstaunt, dass sogar die GdP-Vertreter beim DGB-Bundeskongress gegen die Aufnahme in den DGB-Vorstand gestimmt hätten. In fast allen Einzelgewerkschaften werde die Seniorenarbeit nicht so ernst genommen, wie in der GdP.

Artur Jung, seither Bundesseniorenvorsitzender, war der Ansicht, dass die Seniorenvertreter in den Ländern stimmberechtigte Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sein sollten (ebenso wie Junge Gruppe und Frauengruppe). Im Saarland habe man für die Senioren viele (selbstverständliche) Rechte erkämpft. Da hätten die Senioren auch einen eigenen Etat.

Die Anschaffungen von technischen Geräten für den Seniorenvorsitzenden, wie etwa Computer oder Drucker, würden vom Landesvorstand bezahlt. Bei Landesdelegiertentagen sollten die Seniorenvertreter der Bezirke auch Delegierte sein. Da Frauengruppe und Junge Gruppe im Regelfall zu den Aktiven im Beruf gehörten, gebe es hier eine Überschneidung zu den nicht mehr aktiven Pensionären. Auch beim Bundeskongress sollten Pensionäre mit ordentlichen Delegierten vertreten sein. Da erhebe sich die Frage, inwieweit die Satzung geändert werden müsse, um das in den Ländern durchzusetzen.

Unterschiedliche Arbeit in den Ländern

Aus den Berichten der Teilnehmer ging einmal mehr hervor, dass in den einzelnen Ländern/Bezirken unterschiedlich gearbeitet werde. Das liege an den örtlichen Vertretern. Da müsse es klappen. Als Beispiele wurden unter anderem genannt Ein- oder Mehrtages-Fahrten, Stadtführungen, Grillfeste, Kegelabende, Theaterbesuche, Teilnahme an Demonstrationen der GdP oder des DGB.

Die Seniorenvertreter sollten auch zu den KG-Versammlungen gehen, um immer auf dem Laufenden zu sein. Die Seniorenarbeit werde immer wichtiger. Diese Arbeit müsse in den Gremien besprochen werden, weshalb die Seniorenvertreter auch in den entscheidenden Gremien vertreten sein müssten. Aufgeworfen wurde in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem „Beirat". Werde es den in den kommenden Jahren noch geben oder einmal pro Jahr eine Versammlung mit allen Kreisgruppenvorsitzenden und den Vertretern der Personengruppen. Da müsste dann ein gewerkschaftspolitischer Bericht erfolgen und der Haushalt verabschiedet werden.

Es wurden noch Themen angesprochen wie „Betreutes Wohnen", die weitere Zusammenarbeit mit den Senioren des Bundeswehrverbandes, der Bundeskongress oder die Bundesseniorenfahrten.

Im kommenden Jahr richtet Sachsen das Treffen der süddeutschen Senioren aus und 2012 ist Hessen an der Reihe. nw

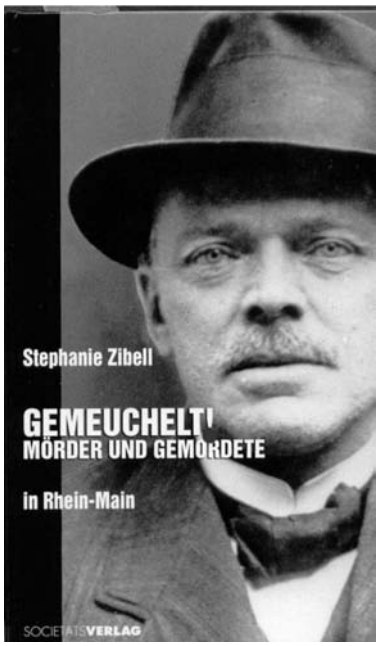
„Gemeuchelt! Mörder und Gemordete in Rhein Main“

von Dr. Stephanie Zibell

In ihrem kürzlich erschienenen Buch „ Gemeuchelt, Mörder und Gemordete“ stellt die Autorin Frau Dr. Stephanie Zibell eine Reihe von Aufsehen erregenden Mordfällen dar, die sich in einem Zeitraum zwischen 1261 und 1987 im Rhein-Main-Gebiet ereignet haben

Dabei ragt besonders der Fall des Giftmörders Karl Hopf heraus, dem vier vollendete Giftmorde zur Last gelegt wurden, und zwar an seinem Vater Paul Hopf sowie an seinem unehelichen Kind Karl Richter, an seiner Frau Josepha, geb. Henel, und an seinem Töchterchen Elsa Hopf. Die Anklage wurde erweitert auf drei Giftmordversuche an seiner ersten Ehefrau Christine Schneider und ebenfalls an seiner Mutter Auguste Hopf und der letzten Ehefrau Walli, geb. Siewec. Die Mordfälle sorgten nicht nur in der Mainmetropole für großes Aufsehen. Die internationale Presse beschäftigte sich mit diesem Fall und bezeichnete ihn als ein einmaliges Verbrechen in Europa. Die Giftmordserie stellte das Gericht vor eine große Aufgabe. Die forensische Toxikologie war noch keinesfalls in der Lage einen Giftanteil im menschlichen Körper zuverlässig zu bestimmen. Es gab noch viele Unwägbarkeiten und fachliche Widersprüche. So hing auch eine Verurteilung Hopfs wegen Giftmordes an einem seidenen Faden, zudem er auch mit Dr. Hugo Sinzheimer einen äußerst geschickten Verteidiger aufbieten konnte. Die bekanntesten Toxikologen dieser Zeit waren in der Verhandlung als Sachverständige geladen. Zeitweise glich das Gericht einem wissenschaftlichen Kolloquium. Erst der Gerichtschemiker Dr. Popp konnte mit einer neuen anerkannten Berechnungsmethode das Gericht überzeugen. Damit war es auch nur gelungen, Hopf den Mord an seiner Ehefrau Josepha nachzuweisen. In einem schwachen Moment hatte er bei seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung ein Geständnis abgelegt und zu Protokoll gegeben.

Am 17. Januar verkündete der Vorsitzende Dr. Hegemann das Urteil. Der Angeklagte wurde wegen erwiesenen Giftmordes an seiner Ehefrau Josepha zum Tode verurteilt und wegen der Mordversuche zu 15 Jahre Zuchthaus sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Hopf nahm das Urteil gefasst entgegen. Auf die Frage des vorsitzenden Richters, ob er noch etwas zu sagen habe, erhob er sich von der Anklagenbank und antwortete trotzig: Nein. Auch ein Gnadengesuch zu dem ihn sein Anwalt riet, lehnte er ab. Er hatte sich mit seinem Schicksal abgefunden.



Am 23.März 1914 trat Hopf seinen letzten Gang an. Die Hinrichtung wurde im Hofe des königlichen Strafgefängnisses Frankfurt-Preungesheim vom Scharfrichter Göbel durch Enthauptung vollzogen. Hopf schritt zum Richtblock, ohne eine Mine zu verziehen. Kalt und unnahbar, wie er während seines verbrecherischen Lebens war, blieb er bis zu seinem Tode.

Frau Dr. Zibell hat in ihrem Buch die Verbrechernatur Hopfs eindrucksvoll charakterisiert. Besonders auffallend hierbei sind die gründlichen Recherchen und die literarische Darstellungsweise. Die Autorin beginnt ihren Rückblick aus Hopfs Todeszelle. Nochmals lässt der Todgeweihte. alle seine Verbrechen und Mordmotive Revue passieren. Bei allen seinen Taten war es ihm um Geld gegangen. Als berühmter Degen und Fechtkünstler, der eine feste Programmnummer im Frankfurter Schumanntheater war, lebte er stets auf großen Fuß, wofür ihm die Geldmittel fehlten. Seinen Vater tötete er, um in den Besitz der Erbschaft zu gelangen. Seine beiden Kinder waren ihm bei seinem Lebenswandel im Wege. Für seine Ehefrauen hatte er hohe Lebensversicherungen abgeschlossen, um später nach deren Ableben in den Besitz der Versicherungsprämie zu gelangen. Mit einer Arsentinktur, die er mit Cholera-Viren anreicherte, die er sich von einem Wiener Institut beschaffte, versuchte er die Frauen aus dem Wege zu räumen, was ihm auch im Falle seiner zweiten Ehefrau Josepha gelungen war. Der Plan war so teuflisch ausgeklügelt, dass alle Krankheitsbilder nicht auf eine Vergiftung schließen ließen. In allen Fällen wurde ein natürlicher Tod bescheinigt. Pech für Hopf war es, dass ein Arzt im Falle seiner letzten Ehefrau Walli etwas genauer hinschaute und eine Vergiftungserscheinung diagnostizierte, was später auch im Diakonissenkrankenhaus bestätigt wurde. Dies führte schließlich zu seiner Festnahme. Er versuchte noch eine Giftkapsel zu verschlucken, was die Kriminalbeamten im letzten Moment verhindern konnten.

Hopf glaubte stets an seine Unfehlbarkeit bei der Ausübung seiner Verbrechen und zeigte dabei keinerlei Reuegefühl. Er war stolz darauf, dass man ihm die übrigen Morde nicht nachweisen konnte. Ärgerlich war sein unverzeihlicher Fehler, dass er in einer schwachen Stunde ein Geständnis ablegte, seine Frau Josepha vergiftet zu haben. Allein für diese Schwäche musste er jetzt seinen Kopf auf den Richtblock legen.

Diese Innenansichten eines grausamen Mörders wurden von der Autorin detailgetreu wiedergegeben. Es lohnt sich, dieses Buch zu lesen, das sich auch durch seine flüssige Sprache wohltuend abhebt. Alles in allem ein gelungener Beitrag zur Frankfurter Justizgeschichte. K.K.

Erschienen im Socitiätsverlag,

ISBN 978-3-7973-1220-4